



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 528

Einwohnerratssitzung vom Montag, 16. Dezember 2024, 19.00 Uhr

Anwesend	40 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: - Gemeinderat: -	
Vorsitz	Andreas Seiler	
Protokoll	Nurhan Tasdelen	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Nachwahl eines Mitgliedes in den Ortsschulrat für die Amtsperiode vom 01. August 2024 bis 31. Juli 2028	3471
2.	Teilrevision des Feuerwehrreglements, 3. Lesung	3455
3.	Aufgaben- und Finanzplan 2025-2029	3469
4.	Energie - Neuer Konzessionsvertrag Elektrizitätsnetz zwischen der Gemeinde und der Elektra Baselland (EBL)	3468
5.	Fragestunde	528

Begrüssung

Andreas Seiler: Wir starten die heutige Einwohnerratssitzung mit einer musikalischen Darbietung.

Präsenz

Es sind 40 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend, das absolute Mehr beträgt 21 das 2/3 Mehr 27 und das 3/4 Mehr 30 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Andreas Seiler: Einige Kommissionsmitglieder haben von der Gemeinde ein Schreiben mit einem Login für das Logo Mobile bekommen. Das ist eine elektronische Plattform, die Schritt für Schritt für verschiedene Kommissionen eingeführt wird. Es soll Dokumente austauschen, also vor allem von der Gemeinde, die den Kommissionsmitgliedern helfen, dass man die elektronisch so weit zur Verfügung stellen kann. Es wird Schritt für Schritt eingeführt und es haben noch nicht alle Kommissionen zur gleichen Zeit bekommen. Es ist einfach eine Information für die, die jetzt schon damit arbeiten können. Dann eine Information zur heutigen Einwohnerratssitzung: Es ist wie bereits angekündigt am Ende der Sitzung, ein kleines Essen geplant. Es gibt warme Schinken und Kartoffelsalat, wir haben das auf die 21.00 Uhr bestellt. Das könnte man notfalls auch eine halbe Stunde warmhalten. Aber ich möchte darum bitten, dass bei diesen wenigen, aber durchaus umfangreichen Traktanden sich alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte möglichst kurz und prägnant halten.

Das Büro hat das Geschäft Mobilitätsdrehscheibe Bahnhof Pratteln Sondervorlage direkt an die Bau- und Planungskommission überweisen.

Mitteilungen des Gemeinderates

-

Neue parlamentarische Vorstösse

-

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

-

Beschlüsse

1. Nr. 3471

Nachwahl eines Mitgliedes in den Ortsschulrat für die Amtsperiode vom 01. August 2024 bis 31. Juli 2028

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge

In stiller Wahl gewählt:

://: Schneider Geraldine, U/P

2. Nr. 3455

Teilrevision des Feuerwehrreglements, 3. Lesung

Andreas Seiler: Geschäft 3455 Teilrevision des Feuerwehrreglements, dritte Lesung. Die Unterlagen für die dritte Lesung mit der aktuellen Fassung sind im Laufe von der letzten Woche den Einwohnerräten noch zugestellt worden, nachdem vorher nur die Fassung von der ersten Lesung aufgeschaltet gewesen ist. Das Büro ist der Meinung, man könne die dritte Lesung so durchführen. Das Wort hat der Gemeinderat Stefan Löw.

GR Stefan Löw: Herr Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Wir kommen zur dritten Lesung. Ich glaube, es ist für alle ganz klar, es ist eine einfache Vorlage, die wir vor uns haben. Es ist eine Vorlage, die bereits in der ersten Lesung für alle voll verständlich gewesen war um was es geht in dem Antrag vom Gemeinderat und ja, es ist richtig in einem gewissen Sinn ist es auch eine Finanzvorlage. Das ist ganz klar. Das haben wir schon in den anderen Lesungen dementsprechend diskutiert und darüber geredet. Die Gemeindefinanzen sind ein bisschen angespannt. Auch das ist ihnen klar und das wissen sie, und dass wir immer Mehrausgaben haben

in der laufenden Rechnung. Das ist auch offenbar klar, das ist auch so in der Feuerwehr die Tatsache und bildet sich auch im AFP wieder ab. In der Feuerwehr haben wir mehr Kosten auf verschiedene Sachen, einerseits aber auch bei der Entschädigung der Übungen und auch von den Einsätzen, die sie haben, auch die Tarife sind angestiegen und belasten doch die Rechnung auch weiter mehr und es ist nach wie vor eine Ersatzabgabe, die sie z. B. auch in der Armee haben, wo sie auch zahlen müssen, wenn sie kein Dienst leisten können oder nicht der Dienstleistung verpflichtet sind, dementsprechend eine Ersatzabgabe zu machen, also etwas das nicht zum Entgehen ist. Der Gemeinderat hat sich noch einmal in dieser Arbeitsgruppe intensiv darüber unterhalten und ist klar der Auffassung, dass wir an unserem Antrag festhalten, dass wir die Erhöhung von 40 auf 42 Jahre machen und den Ersatzabgabebeitrag von 10 auf 12% erhöhen. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass es eine ausgewogene Vorlage ist und für alle erträglich und auch in dem Sinn kann man das so machen. Es ist ein ausgewogener Vorschlag. Es ist noch der Antrag gekommen, dass man den Dienst von 40 auf 45 Jahren erhöht und dass man, wenn man 22 Dienstjahre absolviert hat, eigentlich dann bereits früher schon enthoben ist von der Ersatzabgabe. Auch das haben wir intensiv angeschaut und das ist von der Praktikabilität her einfach wahnsinnig schwierig. Wir entspannen die Gemeindefinanzen, da ja die Steuervorlagen jetzt vom Kanton gemacht werden, dort müssen wir jeweils mitteilen wer Feuerwehrdienst leistet in unserer Gemeinde. Das erfassen wir aber nur für das Jahr, in dem die Steuerveranlagung ist und indem man steuerpflichtig ist.

Die restlichen Unterlagen reichen sie ja mit der Steuererklärung auch ein. Wir führen aber nicht eine Liste von den einzelnen Personen, was, wo, welchen Dienst sie gemacht haben. Auch nicht, wenn sie von anderen Kantonen oder von anderen Gemeinden kommen. Wir haben schlichtweg überhaupt keine Ahnung, wie viel Dienstjahre sie gemacht haben. Wir müssten uns noch überlegen, was wir alles anrechnen an Dienstpflichtjahren, wo sie Feuerwehrdienst in dem Sinn geleistet haben. Also können wir das nicht zur Verfügung stellen und dem Kanton einfach Bericht abgeben wer, wie viele Dienstjahre absolviert hat. Wenn wir das machen müssten, wäre es eine riesige Aufgabe und mit enormen Kosten verbunden. Ich möchte Ihnen wirklich empfehlen, dass Sie davon absehen und allenfalls einfach nur das Dienstalster erhöhen oder anpassen.

Zu den Finanzen ist auch noch die Frage gewesen ein Jahr mehr, wo sie ersatzabgabepflichtig wären, das weist sich aus mit 15'000 bis 20'000 pro Jahr.

Bei zwei Jahren sind das etwa 30% oder 40% und je nachdem können sie eigentlich selber ausrechnen bzw. entsprechend diesen Beträgen hochrechnen. Die 1% indem man in der Pflichtersatzabgabe machen würde, das schlägt sich etwa mit 75'000 CHF nieder in der laufenden Rechnung. Das heisst bei 2% wären es rund 150'000. Im gesamten ist der Antrag, dass wir etwa 190'000 CHF mehr einnehmen würden. Wie gesagt, der Gemeinderat hält an seinen Anträgen fest und will sie noch einmal zur Abstimmung bringen. Wenn sie weitere Finanzfragen noch haben, da würde sich Silvia Lerch zur Verfügung stellen.

Mauro Pavan: Für mich ist eigentlich völlig klar, der entscheidende Satz ist, es sind keine personellen Auswirkungen zu erwarten und wenn das nicht der Fall ist, ohne dass ich mich jetzt mit der Fraktion abgesprochen habe, dann stimme ich keiner von diesen Änderungen zu, weil es die für mich dann einfach schlicht nicht braucht. Es geht ja nicht um eine Steuer, es geht um eine Ersatzabgabe. Das ist mehrfach betont worden und dann braucht es in diesem Fall keine Veränderung dort.

Bernhard Zwahlen: Wir haben viel darüber diskutiert und ich glaube, es ist nicht von Anfang an eben alles so klar gewesen wie es vorher dargestellt worden ist. Schliesslich haben wir sogar eine dritte Lesung verlangt, weil es eben doch nicht so einfach gewesen ist und in der zweiten Lesung haben wir im Einwohnerrat lange diskutiert und haben aus meiner Sicht Kompromissvorschlag gemacht, wo wir irgendwie als Einwohnerrat vertreten können. Wegen dem bitte ich euch jetzt nicht wieder zurück auf den Gemeinderatsantrag zurück zu schwenken, sondern wirklich an unserem Antrag, der jetzt wieder vorliegt, der dritten Synopse zuzustimmen.

Olivier Bally: Wir haben das bei uns auch wieder intern diskutiert. Nach dem langen hin und her sind wir der Meinung, dass wir beim Antrag vom Gemeinderat bleiben und zwar ist das 12% und 42 Jahre. Es ist natürlich unglücklich, dass man jetzt die Koppelung mit dem Alter und mit der Ersatzpflicht macht. Das ist nicht ideal, das ist klar aber wir wollen die Finanzlage der Gemeinde

nicht weiter strapazieren und vor allem wollen wir nicht, dass nachher wieder irgendetwas herauskommt, wo man dann eventuell wieder über Steuererhöhung und solche Sachen reden. Darum bleiben wir eigentlich beim Antrag vom Gemeinderat.

Urs Schneider: Ich habe das Gefühl, wir sind jetzt eigentlich wieder in einer Eintretensdebatte. Ich habe jetzt gemeint gehabt, wir lesen jetzt den Paragraphen und dann müsste der Gemeinderat den Antrag stellen, so wie er es eigentlich will, weil wir haben ja ganz klar an der zweiten Lesung etwas verabschiedet, weil es im Moment auch aufgeführt ist. Ich durfte diverse Gespräche führen seit der letzten Sitzung aber mir ist nie richtig rübergekommen, dass es nicht möglich wäre, so wie wir es jetzt verabschiedet haben nach der zweiten Lesung. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass wenn man 22 Jahre Feuerwehrdienst geleistet hat, von der Dienstpflicht befreit werden soll, aber, dass man pflichtig bleibt bis 45 und auch bis 45 zahlen darf. Nach wie vor wehren wir uns gegen eine Steuererhöhung, die 12% die werden nicht unterstützend. Wir werden auf diesen 10% bleiben, aber wir werden an diesen 100 CHF festhalten, was die Mindestgebühr sein muss.

Patrick Eichenberger: Wir haben die Vorlage nochmal in der Fraktion angeschaut und sind zu folgenden Überzeugungen gekommen: eine Anhebung vom Mindestbetrag von 60 auf 100 CHF gibt es für uns nicht. Für die meisten von uns sind 40 CHF kein grosses Geld, aber bei den Geringverdienern reisst das eben ein rechtes Loch ins Budget. Die Sanierung der Gemeindefinanzen auf dem Rücken von den Schwächsten gibt es bei uns nicht. Die Anhebung vom Beitragssatz von aktuell 10% auf 12% lehnen wir ebenfalls ab, weil sämtliche Begründungen, die wir gehört haben, sachfremd sind. Ein Feuerwehrbudget ist Teil vom Globalbudget und hat mit dem Wehrpflichtersatz nichts zu tun. Wenn wir eine Steuererhöhung machen wollen, dann machen wir das bitte in einem geordneten Verfahren und nicht mit als finanzpolitisches Bubentrick. Die Anhebung vom Dienstalter tragen wir mit. Wir sind hier tatsächlich als Gemeinde Pratteln im hinteren Mittelfeld und eine Anhebung auf 42 Jahre wäre für uns okay.

Andreas Seiler: Wir kommen jetzt zur dritten Lesung, gelesen wird die Fassung aus der zweiten Lesung, welches der Einwohnerrat das letzte Mal verabschiedet hat oder noch nicht verabschiedet aber beschlossen mit den Anträgen und wir werden dann bei den einzelnen Paragraphen bei der Lesung die Anträge vom Gemeinderat behandeln.

Andreas Seiler: Wir haben im Antrag vom Gemeinderat zum Abschnitt 1 die aktuelle Fassung, wer feuerwehrdienstpflichtig ist und keine persönliche Feuerwehrdienstleistung erbringt, er entrichtet bis zum 45. Lebensjahr eine jährliche Feuerwehrpflichtersatzabgabe, sofern die Dienstdauer nicht erfüllt ist. Der Gemeinderat beantragt die Formulierung, wer feuerwehrdienstpflichtig ist und keine persönliche Feuerwehrdienstleistung erbringt, entrichtet eine jährliche Feuerwehrpflichtersatzabgabe, also somit bis 42 Jahre gemäss § 5.

GR Silvia Lerch: Ich muss gleich noch kurz etwas dazusagen aus finanzieller Sicht. Ich will mich noch zu dem Bubentrickli äussern, ich muss sagen, ich stehe für eine offene ehrliche Kommunikation und würde gerne nochmal etwas klären. Das ist keine Überraschung, dass der Antrag, der Reglementsanpassung gekommen ist. Das hat die Christine Gogel in der letzten Budgetdebatte vor einem Jahr bereits angekündigt.

Das ist eine saubere Anpassung, wo wir die Einnahmen ein bisschen dem Entgegenen, wo wir an Ausgaben haben. Natürlich ist es nicht zweckgebunden, aber das Verhältnis sollte ja am Schluss gleich stimmen. Wir müssen ja das Geld dort hineinholen, wo wir es am Schluss auch brauchen, auch wenn wir das nicht gerade eins zu eins abrechnen, aber ich finde es dann ein Bubentrickli, wenn man es einfach bei anderen wegzieht und eine gesamte Steuererhöhung in die Augen fasst und nicht dort das Geld holt, wo man es nachher braucht. Also überlegen sie sich noch einmal, ich finde den Antrag vom Gemeinderat wirklich eine angepasste gute Version, wo niemandem fest weh macht. Die zwei Jahre mehr und die 2% Erhöhung, das merkt man kaum. Das andere würde Leute angreifen, mit dem wir auch kämpfen müssten und für mich ist es so eine saubere faire Lösung und mit diesen 45 Jahren will ich noch gerne sagen, es ist zwar dann eine Erhöhung, aber wir können doch nicht einfach die jetzt schon ausgeschieden sind, wieder zurückholen. Wir müssen ja das Jahr für Jahr erhöhen, das kann man doch nicht machen. Wir hätten ja nachher nur noch Reklamationen. Also würde ja das eigentlich schlussendlich erst in fünf Jahren zum

Tragen kommen. Zu diesen 60 CHF würde ich mich auch noch gerne äussern. Die 100 CHF das sind Leute, die in der Regel das wirklich nicht zahlen können und ob wir jetzt 100 CHF verlieren oder 60 CHF, die man nachher mahnen gehen muss oder weiter nachgehen für Leute, die wirklich Mühe haben, das zu zahlen, also ich denke mit den Prozentsätzen wären wir effektiv und fair für alle. Merci.

Bernhard Zwahlen: Ich sage es noch einmal auch da bitte stimmt dem Antrag zu, den wir letztes Mal ausgehandelt haben. Ich finde es schon speziell, jetzt haben wir die dritte Lesung und erst bei der dritten Lesung kommt die Gemeinderätin, die für die Finanzen zuständig ist hervor und davor hat man wirklich so getan, als ob es für die Feuerwehr etwas wäre. Es ist eine Ersatzabgabe, das muss kostendeckend sein für die Feuerwehr, weil sonst müsste die noch massiv höher sein und dann müsste es zweckgebunden sein. Es gibt ein Globalbudget dort drin ist die Feuerwehr drin und die bekommt Steuergeld, so ist das und es gibt eine Ersatzabgabe für Personal, das nicht in die Feuerwehr will oder nicht kann und die zahlt Ersatzabgabe, also tun wir mit der Ersatzabgabe nicht die Steuern aufbessern. Das ist falsch.

Mauro Pavan: Ich schliesse mich weitgehend meinem Vorredner an, eben es ist keine Steuer, es geht nicht um die Finanzen? Es geht nicht um eine zweckgebundene Abgabe und wenn keine personellen Auswirkungen zu erwarten sind, dann braucht es keine Änderungen punkt, das heisst sämtliche Änderungen sind abzulehnen.

Andreas Seiler: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag vom Gemeinderat zum § 14 Absatz 1. Ich kann es gerne noch einmal vorlesen, die Fassung vom Einwohnerrat, wo aktuell steht, ist, wer feuerwehrdienstpflichtig ist und keine persönliche Feuerwehrdienstleistung erbringt entrichtet bis zum 45. Lebensjahr eine jährliche Feuerwehrpflichtersatzabgabe, sofern die Dienstdauer nicht erfüllt ist und der Antrag vom Gemeinderat wäre, wer feuerwehrdienstpflichtig ist und keine persönliche Feuerwehrdienstleistung erbringt, entrichtet eine jährliche Feuerwehrpflichtersatzabgabe. Entsprechend wäre dann die Grenze natürlich gemäss § 5 42 Jahre. Also die Synopse die diese Woche verschickt worden ist, fällt eigentlich der grüne Teil weg. Es ist 22 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen. Somit ist der Antrag vom Gemeinderat angenommen worden. Wir kommen zum zweiten Antrag vom Gemeinderat. Hier geht es um Paragraph 14 Absatz 3, aktuelle Fassung ist 10% des Gemeindesteuerbetrags. Der Antrag vom Gemeinderat ist 12%.

Abstimmung über § 14 Feuerwehrpflichtersatzabgabe Abs. 1 und Abs. 3:

§14 Abs. 1 Gegenüberstellung der Anträge ER 2. Lesung und GR:

Antrag Einwohnerrat, 2. Lesung	Antrag Gemeinderat
://: Wer feuerwehrdienstpflichtig ist und keine persönliche Feuerwehrdienstleistung erbringt, entrichtet, bis zum 45. Lebensjahr, eine jährliche Feuerwehrpflichtersatzabgabe. Sofern die Dienstdauer nicht erfüllt ist.	://: Wer feuerwehrdienstpflichtig ist und keine persönliche Feuerwehrdienstleistung erbringt, entrichtet eine jährliche Feuerwehrpflichtersatzabgabe.
17 Ja	22 Ja
2 Enthaltungen	

Der Rat beschliesst mit 22 Ja- zu 17 Nein-Stimmen:

://: Wer feuerwehrdienstpflichtig ist und keine persönliche Feuerwehrdienstleistung erbringt, entrichtet eine jährliche Feuerwehrpflichtersatzabgabe.

GR Silvia Lerch: Nur eine kurze Anmerkung: wir wollen ein möglichst ausgeglichenes Budget und mit dem können wir dem ein bisschen näherkommen.

Mauro Pavan: Ein möglichst ausgeglichenes Budget zu haben ist ehrbar. Das möchten wir auch. Über die Feuerwehersatzpflichtabgabe zu manipulieren, lehnen wir ab. Also ich persönlich mache da ganz sicher nicht mit.

Bernhard Zwahlen: Jetzt sind wir wieder am Punkt von der ersten Lesung, wenn die 12% durchkommen, dann müssen wir leider das ganze Reglement wieder zurückweisen an den Gemeinderat, weil wir wollen nicht so eine heimliche Nebenerhöhung von irgendetwas, das nachher eigentlich dafür sorgt, dass die Steuern nicht hinaufgehen müssen weil die Gemeinde ihre Finanzen nicht im Griff hat. Ich sage noch etwas anderes, wir haben da drin jemanden, der ist in einem Verein für Baselbieter Steuerzahlende oder irgendwo ich weiss nicht genau und es steht auf der Website, der Verein - und dort sind nicht Linke darunter - wehrt sich gegen heimliche Erhöhungen von irgendwelchen Ersatzabgaben aber hier findet man dann «ah ja voll, das machen wir». Das geht nicht.

Andreas Seiler: Ich nehme an, das ist jetzt kein Rückweisungsantrag gewesen, sondern wir können über den Antrag abstimmen.

Dieter Stohler: Ja das Kabarett geht weiter, wie gerade gesagt worden ist, ich finde es tatsächlich ein bisschen lächerlich eine Grundsatzsteuerdebatte zu machen. Es geht um ein paar wenige Franken und nicht mehr und weniger. Da kann man dafür oder dagegen sein. Ich weiss nicht mehr was du für ein Wort gewählt hast Mauro, ich habe es wieder verdrängt. Das finde ich auch peinlich.

Konsequenterweise müsst ihr eigentlich einen Antrag stellen auf 0%. Das wäre konsequent, nämlich dass man keine Ersatzabgaben will, dann wäre ein bisschen Fleisch am Knochen, aber das macht ihr auch nicht. Die kleine Erhöhung von 10% auf 12%, das bringt ein paar Franken in die Kasse. Wegen dem kann man keine langfristige notwendige Steuererhöhung, wenn es eine bräuchte, verhindern oder provozieren.

Ich finde es absolut daneben, hier jetzt eine Grundsatzdiskussion darüber zu machen aber jeder Franken, das hat die Finanzdirektorin gesagt, hilft, dass Pratteln ein grösseres Defizit hat und da helfen wir gerne mit.

GR Stefan Löw: Ich will das auch dezent zurückweisen. Die Finanzhoheit habt ihr und die liegt rein nur bei euch. Wir machen einfach Vorschläge. Wir erarbeiten in dem Sinn mit der Verwaltung zusammen, schauen das an und machen ihnen nachher im AFP einen Vorschlag aber die Finanzhoheit und über alle Konsequenzen alles was sie nachher im AFP auch bestimmen und mit Mehrheit entscheiden, also das macht rein nur ihr, wir müssen nachher nachdem ihr das beschlossen habt, damit arbeiten. Das ist unsere Aufgabe und das stellen wir nie in Frage Bernhard, die Hoheit und die Verantwortung die liegt jetzt wirklich bei euch über die Finanzen, was schlussendlich verabschiedet wird.

Mauro Pavan: Ich weiss nicht, welches Wort du gesucht hast Dieter Stohler, mir geht es darum, dass mich die Argumentation stört und das ist Thema gewesen in einer ersten Lesung und in der zweiten Lesung. Die Feuerwehersatzpflichtabgabe kann nicht dazu dienen, das Budget auszugleichen, weil für das ist sie nicht da. Ich bin völlig dafür, dass wir die Feuerwehersatzpflichtabgabe haben, die soll dazu dienen, dass der Personalbestand in der Feuerwehr gewährleistet ist und dass es genug attraktiv ist um die Feuerwehr leisten und genug weh tut, nicht Feuerwehr zu leisten. So, dass das ungefähr ausgeglichen ist und es hat nichts damit zu tun, ob wir unsere Finanzen sanieren wollen oder nicht und es hat nichts damit zu tun, ob wir die Steuern erhöhen sollen oder senken. Ich habe nicht in die Bresche geschlagen. Unsere Finanzchefin hat gemeint, wir möchten ein ausgeglichenes Budget haben und das wäre ein Schritt in die Richtung und das kann es nicht sein, weil für das ist die Feuerwehersatzpflichtabgabe nicht da und darum stimme ich nein.

Silvio Fareri: Ich habe mich auf das Votum vom Einwohnerratskollegen Bernhard Zwahlen angesprochen gefühlt, weil ich bin Mitglied von der Baselbieter Steuerliga und wenn man genauer liest, welche Ziele wir dort verfolgen, dann ist es, dass wir uns gegen jede weitere Einführung von neuen Steuern und entsprechenden Abgaben wehren. Also es geht um Betonung auf weitere und neue, dass es durchaus Steuern braucht. Das lehnen wir auch nicht ab aber wir bekämpfen da

jede weitere und zudem weiss ich auch nicht, warum der Link zu mir gezogen wird, weil einen entsprechenden Antrag habe ich nicht gestellt. Also da wäre ich sonst noch froh um die entsprechende Ergänzung.

Andreas Seiler: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag vom Gemeinderat. Der Antrag vom Gemeinderat zum § 14 Absatz 3, also der erste Antrag zu dem Absatz lautet 12% des Gemeindesteuerbetrages. Es sind 10 Stimmen für den Antrag vom Gemeinderat und 29 Stimmen dagegen, keine Enthaltung. Somit ist der Antrag vom Gemeinderat abgelehnt. Es gibt noch einen dritten Antrag vom Gemeinderat zum § 14 Absatz 3 und das ist die Ersatzabgabe beträgt pro Person mindestens 60 CHF. Die aktuelle Fassung vom Einwohnerrat zweite Lesung ist 100 CHF. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag?

§ 14 Abs. 3 Gegenüberstellung der Anträge:

Antrag Einwohnerrat 10%	Antrag Gemeinderat 12%
://: Die Ersatzabgabe wird in Prozenten des Gemeindesteuerbetrages erhoben. Die Höhe der Feuerwehrgeldersatzabgabe beträgt 10% des Gemeindesteuerbetrages. Die Ersatzabgabe beträgt pro Person mindestens CHF 100.	://: Die Ersatzabgabe wird in Prozenten des steuerbaren Einkommens erhoben. Die Höhe der Feuerwehrgeldersatzabgabe beträgt 12% des steuerbaren Einkommens. Die Ersatzabgabe beträgt pro Person mindestens CHF 60.
29 Ja (10%)	10 Ja (12%)

Der Rat beschliesst mit 29 Ja- zu 10 Nein-Stimmen:

://: Die Ersatzabgabe wird in Prozenten des Gemeindesteuerbetrages erhoben. Die Höhe der Feuerwehrgeldersatzabgabe beträgt **10%** des Gemeindesteuerbetrages. Die Ersatzabgabe beträgt pro Person mindestens CHF 100.

Mauro Pavan: Die Mindestabgabe zu erhöhen trifft vor allem die finanziell Schwächsten weil irgendwo ist die magische Grenze, wo die 60 CHF überschreiten würde und wenn wir die erhöhen auf die 100 CHF, trifft es einfach alle die am aller wenigsten haben. Darum lehnen wir als Fraktion das ganz klar ab.

Urs Schneider: Jetzt hat sich in einer ersten Lesung und in einer zweiten Lesung gelungen zu sagen, dass es eigentlich ein Feuerwehrgeschäft ist, bis man jetzt heute in der dritten Lesung sagt, ja es hat gleich noch etwas mit Finanzen zu tun. Genau das hat mit der Feuerwehr zu tun, weil genau die könnten einen Feuerwehrdienst leisten. Das sind die 20-jährigen die 22-jährigen die 24-jährigen und wenn wir jetzt von denen 40 CHF mehr «heuschen», dann können die auch Feuerwehrdienst leisten, wenn es ihnen wirklich so weh macht weil wir sind so oder so angewiesen auf die Leute die Feuerwehrdienst machen, und ich glaube genau das wäre der Punkt zum Sagen jawohl, die dürfen 100 Franken zahlen oder sie können Feuerwehrdienst machen. darum werden wir bei diesen 100 CHF bleiben.

Mauro Pavan: Ich gib dir völlig recht Urs, genau die könnten Feuerwehr machen, aber es kann nicht sein, dass diejenigen die weniger privilegiert sind, mehr dazu gezwungen sind, Feuerwehrdienst zu leisten, als die aus einem guten Haus kommen und finden «ja die 100 CHF zahlt mein Papa, ich könnte genauso gut Feuerwehrdienst leisten, ich bin auch 22, aber das tut mir nicht weh.» Die Mindestabgabe trifft die Falschen.

Andreas Seiler: Der Antrag vom Gemeinderat lautet mindestens 60 CHF, die Fassung vom Einwohnerrat zweite Lesung mindestens 100 CHF. Der Antrag ist mit 18 Ja-Stimmen bei 19 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt worden. Abstimmung Beschluss: Die Schlussabstimmung heisst die Teilrevision des Feuerwehreglements wird genehmigt. 29 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen. Somit ist die Teilrevision vom Feuerwehreglement genehmigt und wir haben das Geschäft abgeschlossen.

§ 14 Abs. 3 Gegenüberstellung der Anträge

Antrag Einwohnerrat CHF 100	Antrag Gemeinderat CHF 60
://: Die Ersatzabgabe wird in Prozenten des Gemeindesteuerbetrages erhoben. Die Höhe der Feuerwehrpflichtersatzabgabe beträgt 10% des Gemeindesteuerbetrages. Die Ersatzabgabe beträgt pro Person mindestens CHF 100 .	://: Die Ersatzabgabe wird in Prozenten des steuerbaren Einkommens erhoben. Die Höhe der Feuerwehrpflichtersatzabgabe beträgt 12% des steuerbaren Einkommens. Die Ersatzabgabe beträgt pro Person mindestens CHF 60 .
19 Ja	18 Ja
2 Enthaltungen	

Der Rat beschliesst mit 19 Ja- zu 18 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Die Ersatzabgabe wird in Prozenten des Gemeindesteuerbetrages erhoben. Die Höhe der Feuerwehrpflichtersatzabgabe beträgt 10% des Gemeindesteuerbetrages. Die Ersatzabgabe beträgt pro Person mindestens CHF **100**.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 29 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Die Teilrevision des Feuerwehrreglements wird genehmigt.

3. Nr. 3469

Aufgaben- und Finanzplan 2025-2029

Andreas Seiler: Das dritte Traktandum ist das Geschäft 3469 Aufgaben und Finanzplan 2025 bis 2029. Auf dem Referentenplatz nehmen der RPK-Präsident Thomas Puppato und der Abteilungsleiter Finanzen Philipp Doppler Platz. Die Einleitung hat die Gemeinderätin Silvia Lerch.

GR Silvia Lerch: Herzlich begrüssen möchte ich noch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, die so zahlreich erschienen sind heute. Schliesslich geht es auch um euch, schön, dass ihr interessiert seid. Es ist vielleicht ein bisschen ein unüblicher Einstieg in die Budgetdebatte. Aber es liegt mir noch ein bisschen etwas auf der Zunge und ich will das gerne euch mitteilen, auch wenn das nicht üblich ist, aber einfach, dass ihr auch ein bisschen einen Einblick habt. Ich habe grossen Respekt gehabt das Departement Finanzen zu übernehmen, weil ich als nicht Finanzler doch eine rechte Challenge da eingegangen bin. Das habt ihr euch ja sicher auch überlegt und ich habe mich schon auch einmal gefragt, kommt das gut? Aber ich bin trotzdem offen an die Sache hin und beiseite die Verwaltung und bin von allen zuständigen Leuten sehr, sehr freundlich und offen empfangen worden.

Nach dem ersten Einblick in die Verwaltung und das gesamte Departement habe ich gemerkt, dass es mir die Arbeit extrem Freude macht und das hat auch einen Ehrgeiz gepackt. Ich habe mich an eine Weiterbildung angemeldet und habe mich rundum informiert. Es war ein recht intensiver Start gewesen oder erst eine Einführung in das ganze Amt, aber es hat sich auch herausgestellt, dass es durchaus Vorteile haben kann, wenn man nicht Finanzler ist und das Ganze einmal von einer anderen Seite betrachten kann. Ich habe das Gefühl, dass das durchaus seine Berechtigung hat, sehe jetzt auch, dass das politische System nicht ganz so schlecht ist. Ich habe nicht immer alles nachvollziehen können, aber es hat durchaus seine Berechtigung und es macht auch Sinn, dass man eben mal von einer anderen Seite reinschaut und darum kann ich jetzt eigentlich sagen, ja, ich glaube, es kommt gut und ich freue mich auf die kommende Zeit und dass ich euch da das erste Budget präsentieren darf. Für die ganz grosse Arbeit war natürlich die Verwaltung, die ganze Abteilung Finanzen unter der Leitung vom Philipp Doppler und dem Gemeindeverwalter Beat Thommen zuständig gewesen. Ich möchte mich auch für die geleistete

Arbeit bedanken, auch beim Rest vom Gemeinderat, dass sie ein Haufen Kompromisse geschmiedet haben und mitgearbeitet haben und dem doch recht umfangreichen Geschäft. Ich habe probiert, das Beste herauszuholen und jeder hat also ein bisschen seine Ansprüche und seine Sachen, die er gerne durchziehen würde. Wir mussten aber alle ein bisschen entgegenkommen und der Wunschwarenkorb von ganz vielen von uns ist immer noch riesengross und das werden wir jetzt ein bisschen zurückstecken müssen bei gewissen Sachen. Aber die Stossrichtung ist klar, wir wollen Pratteln insgesamt attraktiv respektive noch attraktiver machen, dass man hier gerne wohnt, arbeitet und lebt.

Jetzt kommen wir zum inhaltlichen: Das Budget 25 ist eher vorsichtig budgetiert. Ich würde jetzt nicht gerade sagen pessimistisch aber bin lieber positiv überrascht als zu optimistisch und zu blauäugig. Da könnt ihr jetzt Lachen aber es gibt immer wieder Sondereffekt in gewisse Richtungen, ob hoch oder runter. Bei so einem Budget kommen ein Haufen Sachen rein und es ist nicht immer ganz klar auf den ersten Blick, was für Entscheide hinten stehen. Die RPK-Mitglieder haben ja Einsicht ins Detailbudget gehabt und haben euch Auskunft geben können und die Fragen beantworten. Sie konnten einen umfangreichen Einblick gewinnen und auch Haufen Fragen stellen, die dann auch vom Philipp Doppler hoffentlich für alle zufriedenstellend beantwortet worden sind. Ich habe ein paar Punkte, die ich gerne herausnehmen würde zum AFP. Die eine Massnahme, die wir jetzt so ein bisschen ins Leben gerufen haben, einerseits Einnahmen zu generieren, wo wir jetzt vorher gerade Vorschlag gebracht haben, aber wir müssen auch Ausgaben kontrollieren und überprüfen und das machen wir unter anderem bei den Stellen, indem wir schauen falls wenn es einen Stellenwechsel gibt, ob es diese Stelle braucht oder kann man etwas optimieren? Es ist immer ein Abwägen von Kostennutzen und von Bedarf. Es kann aber auch ein bisschen das umgekehrte passieren. Wir haben z.B. an einem Ort eine Stelle aufgerüstet, weil es einfach Sinn macht, wenn man gewisse Leistungen selber erledigen kann und nachher weit hinaus dann Ersparnisse damit tätigen kann. Wir haben jetzt z.B. im Bereich der Kindes- und Erwachsenenschutz und Arbeitsintegration eine Lösung gefunden, wo durchaus Sinn macht. Viele Kosten sind gebundene Kosten und wir haben nicht direkt Einfluss. Darum sind wir ja eigentlich auch in einem kleinen beschränkten Rahmen, wo wir hüten können sage ich jetzt einmal oder auch ihr könnt das, wo ihr Spielraum habt. Aber es hat ganz viele Sachen, die unvorhergesehen kommen, die wir auch miteinbudgetieren müssen.

Wir haben bei den Investitionen z. B. ein Haufen neue Projekte wie die SBB-Passerelle. Wir haben die Aufstockung und den Ersatzneubau vom Kindergarten Aegelmatt, wir haben das Gemeindezentrum, die Bibliothek die viel Geld kostet, das wisst ihr auch. Wir haben die Schulhäuser, die saniert werden müssen, das ist Erli und Aegelmatt. Wir haben diverse Strassen, die wir immer wieder reparieren müssen, wir haben ganz schlechte Orte gehabt, wo man viele Sparmassnahmen gemacht haben und gewisse Sachen holen uns jetzt einfach ein. Das werden wir in Zukunft büssen müssen. Wir sind jetzt dran, aber ich denke, wir haben eine gute Lösung gefunden zum dem Kompromiss gerecht zu werden. Wir haben unter anderem noch kantonale Vorschriften, die wir auch nicht beeinflussen können. Wir haben bei der frühen Sprachförderung, beim Schwimmunterricht oder auch bei den Sozialkosten Anstieg oder Aufgaben übertragen bekommen, wo wir zusätzlich stemmen müssen. Der Regierungsrat hat z.B. gerade die Höhe vom Grundbedarf in der Sozialhilfe erhöht, den wir jetzt einfach tragen.

Zu den Steuern kann man etwas Positives sagen. Die Einnahmen sind stetig gestiegen. Von mir aus gesehen braucht es eben jetzt so übergeordnet kein Eingriff. Wir investieren in eine attraktive Gemeinde und sollten eigentlich darum keine Steuererhöhung im Moment ins Auge fassen, weil wir wollen attraktiv bleiben auch für Leute, die sich das dann leisten können und auch unsere attraktiven Massnahmen mitfinanzieren. Man darf nicht vergessen, dass höhere Zahlungen der Steuern auch Ausgaben generieren im horizontalen Finanzausgleich. Dementsprechend haben wir dann auch wieder höhere Ausgaben.

Bei den natürlichen Personen haben wir einen stetigen konstanten Anstieg bei der Einkommenssteuer und das ist auch sehr positiv. Wie auch bei den juristischen Personen sehen wir, dass vor allem in den Vorjahren, wo coronabedingt oder andere geopolitische Ereignisse auch ein bisschen Schwankungen hineingebracht haben, das sieht jetzt aber gut aus, dass es zunehmend wieder steigen darf.

Eine schlechte Nachricht haben wir bei der Abfallbewirtschaftung. Das ist etwas, das ich nicht gerne erzähle. Das haben wir aber letztes Jahr auch schon angekündigt bekommen, der Anstieg vom Sack ist auch vorprognostiziert gewesen. Man hat auch einmal ausgerechnet, wo es etwa hingehen soll oder wo es hingehen muss, damit es die Kosten deckt. In diesem Fall ist es eine zweckgebundene Angelegenheit und die Prognose, die man dort getroffen hat, ist eingetroffen. Also man kann jetzt sagen, mit dem kommt man durch aber man wollte es eigentlich nicht auf einmal erhöhen, darum hat man das jetzt in Tranche gemacht und ist jetzt eigentlich auf einem Peak hoffentlich angekommen. Wir haben im Kanton jetzt einfach, so zum Vergleich Säcke zwischen 1.50 und 3.10 CHF, also die Spannweite ist riesig in den verschiedenen Gemeinden. Wir haben es jetzt einmal überschlagen, was das für uns bedeutet, der Anstieg, wenn jetzt eine Familie, die einen Sack eine Woche braucht, ist das so auf das Jahr hinaus gerechnet etwa 20 CHF, wo das mehr ist und durchaus vertretbar. Jetzt soll es aber eigentlich gut sein. Wir hoffen, dass die Kosten nicht mehr weiter steigen. Wir werden auch dem nachgehen, wo das entsteht und suchen nach Lösungen, dass wir da sicher in die andere Richtung in Zukunft gehen werden.

Wir haben zum Abfallthema aber ein kleines Wermutstropfen Ich weiss nicht die meisten von euch haben vielleicht schon den Abfallkalender angeschaut. Darin ist jetzt auch der Bürgerkalender mitgeliefert worden, wo die Schulferien darauf gekennzeichnet sind. Das ist etwas, wo einen Haufen Einwohner vermisst haben, wo wir den Abfallkalender kreiert haben und den grossen Kalender abgeschafft. Jetzt hat man in Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde die Lösung gefunden, dass eigentlich da ein Kompromiss ist. Es ist gewinnerbringend für beide und hoffentlich für alle zufriedenstellend in dieser Version, wie es jetzt da ist. Das zeigt, dass wir die Zusammenarbeit mit der Bürgergemeinde ein bisschen intensivieren und auf optimale Lösungen zusammenkommen, dass tut mich dann gerade auf die Liegenschaftsstrategie hinüber schwenken lassen. Wir tun die einzelnen Parzellen, Liegenschaften die der Gemeinde gehören, jetzt einmal durchleuchten. Wir werden das jetzt, das liegt in der Abteilung Finanzen in Zusammenarbeit mit dem Bau. Das werden wir anfangs Jahr dann im Gemeinderat präsentieren, wo das hingehet und ihr bekommt das dann natürlich anschliessend auch zu sehen.

Etwas, wo noch markant ist, ist die Fremdverschuldung. Leider haben wir bei den Ausgaben auch grossen Anstieg. Wir haben immer wieder Situationen von hohen Rechnungen wie jetzt bei den Bauereignissen, z. B., wo man stemmen muss und flüssige Mittel haben und für das braucht es zwischendurch auch einmal flüssige Mittel, wo wir nicht immer zur Verfügung haben. Darum steigt das Fremdkapital zunehmend an. Den Fahrplan müssen wir leider so gehen, dass diese Kosten gedeckt werden, aber die Entwicklung ist etwas, wo ich mich wirklich stark machen will, dass in die andere Richtung verläuft. Auch wenn jetzt die Zinsen in Zukunft positiv aussehen und tendenziell eher runtergehen, finde ich es wichtig, dass wir dort runterkommen.

Ich hoffe auch da auf die Unterstützung von allen Gemeinderäten der Verwaltung und vom Einwohnerrat, dass wir diese richtig bekommen können. Also es ist ein grosses Ziel von mir, dass wir die Fremdverschuldung in den Griff bekommen. Wichtig finde ich es auch, dass man die Sparmassnahmen dort ansetzt, wo sie weh machen, also eben nicht dort, wo sie machen wollen, sondern dort, wo man es kaum spürt. Das wäre eigentlich so ein bisschen der Weg, den ich gerne bestreiten würde in Zusammenarbeit mit dem Team transparent informieren. Wir sind da für Fragen und im Namen vom Gemeinderat präsentieren wir heute ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 961'800 CHF für das 2025, was eine Abweichung von 1 % zum ausgeglichenen Budget macht, zeigen. Wir bitten euch unseren Anträgen zu folgen vom AFP und die Beschlüsse so zu genehmigen. Für das weitere Vorgehen: wenn wir die AFP jetzt durchgehen und Fragen auftauchen oder Anträge kommen, haben wir beschlossen, dass die zuständigen Gemeinderäte sich dann spezifisch äussern. Wenn es finanztechnisch detaillierte Auskunft braucht, ist der Philipp Doppler hier, der mit allen Fakten unterstützen kann und jetzt liegt es bei euch und ich bin gespannt auf eure Meinungen zum Vorliegen der AFP.

Thomas Puppato: Als RPK haben wir den vorliegenden AFP am 23. Oktober von der Gemeinderätin Silvia Lerch vorgestellt bekommen und sämtliche Unterlagen dazu sind uns zur Verfügung gestellt worden. Nach den ersten Sitzungen haben wir Fragen an die Verwaltung zur Klärung übergeben und Philipp Doppler hat das jeweils umgehend ausführlich beantwortet. Wie allgemein bekannt, plant eben die Gemeinde mit dem vorliegenden Budget einen Verlust von knapp einer

Million Franken im nächsten Jahr. Wir haben als RPK Kommission dann in fünf Sitzungen uns damit auseinandergesetzt und unter anderem auch nach Möglichkeiten gesucht, etwas davon zu korrigieren. Am Ende hat das dann zwei Anträge gegeben, die man unter Kapitel 5 vom RPK-Bericht sehen kann. Unter Kapitel 3.1 hat es ein bisschen mehr Details dazu, wo man unsere Begründungen dazu nachlesen kann. An dieser Stelle danke ich noch meinen Kommissionsmitgliedern für die gute Zusammenarbeit.

Andreas Seiler: Also das Büro beantragt die Direktberatung. Es folgt jetzt die allgemeine Diskussion zum Aufgaben- und Finanzplan. Danach kommt die Lesung von den einzelnen Aufgabenfelder, wo man auch die Anträge zu den einzelnen Aufgabenfeldern stellen kann und darauf folgend beraten wir die Anträge vom Gemeinderat bzw. von der RPK.

Mauro Pavan: Ich rede gerade nicht zum Bericht von der RPK, das macht nachher jemand anderes und auch nicht zu den Anträgen davon, aber ich möchte einfach als Präsident der Sozialhilfebehörde etwas klarstellen, die mich stört am Votum von Silvia Lerch. Es ist nicht so, dass der Kanton den Grundbedarf der Sozialhilfeempfänger erhöht hat, sondern er hat die Teuerung angepasst, das heisst, er hat dafür gesorgt, dass sie nicht weniger Geld zur Verfügung haben als bisher schon das ist nämlich der Zweck von einem Teuerungsausgleich und zu dem Thema können wir später auch noch wenn es um den Teuerungsausgleich geht von den Angestellten der Gemeinde und dort will ich mich auch noch einmal dazu äussern aber es ist nicht so, dass da der Kanton irgendwelche Ausgaben erhöht hat, weil jemand mehr Geld zur Verfügung bekommt, sondern er hat dafür gesorgt, dass nicht jemand weniger Geld zur Verfügung hat, als er jetzt schon hat und das möchte einfach klargestellt haben.

Dieter Stohler: Ich rede im Namen von der FDP-Fraktion zum AFP 24 bis 28. Auf dem ersten Blick, was soll man dazu sagen, ein Budget von knapp einer Million Franken, das Defizit haut uns nicht um. Wir haben ein Eigenkapital von ca. 40 Millionen. Das reicht eigentlich noch lange und die Bredella kommt ja und da gibt es Berechnungen vom Gemeinderat, die sagen das wirkt sich positiv auf die Prattler Finanzen aus. Also alles in Ordnung durchwinken nein, es hätte euch überrascht, wenn ich gesagt hätte, durchwinken. Dann auf den zweiten Blick gibt es doch ein paar Sachen, die mir zu bedenken geben. Schauen Sie sich den RPK-Bericht an, da hat es eine eindrückliche Folie auf Seite 5 nämlich eben, die schon genannt worden ist, die Veränderung von den Steuereinnahmen also die ausserordentlich erfreuliche Tatsache, wenn ich die Worte der Gemeinderätin ernst nehme die vorsichtig budgetiert, dass man mit deutlich höheren, nämlich etwa 8 Millionen mehr Steuereinnahmen planen darf, dann ist das Jahr auf der einen Seite äusserst erfreulich. Mir gibt aber zu denken, dass man es geschafft hat, das Geld sofort wieder auszugeben und wieder wissen, das sind dann wiederkehrende Ausgaben in aller Regel, wenn sie nicht einmalige Investitionen sind. Wenn man ja den Finanzplan anschaut, den man vor einem Jahr gemacht hat für das Jahr 2025, das jetzt das Budget ist, ist vor einem Jahr Finanzplan gewesen und habe mal dort, das ist erst ein Jahr her die Prognose verglichen mit dem mir jetzt vorliegen und wir haben es geschafft oder der Gemeinderat hat es geschafft, einen Antrag vorzulegen, der 4.5 % die Ausgaben erhöht hat und das bei einer Teuerung von 0,7% ohne Corona ohne Wirtschaftskrise. Bei der stabilen Situation schafft es der Gemeinderat in einem Jahr mit 4.5 % seiner gesamten Ausgaben, das gesamte Budget zu erhöhen. Das dünkt mich doch speziell. Also der Gemeinderat gibt gerne Geld aus, das ihm nicht gehört und an allen Legislaturzielen wird immer besprochen, wie wichtig doch das ist einen mittelfristig ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren, dass es Schwankungen geben kann, auch einmal 1 Million Minus oder 1 Million plus, das ist völlig im Bereich des Normalen. Es ist nicht das was mich beeindruckt, sondern mich beeindrucken die weiteren Finanzpläne, nämlich die Defizitwirtschaft geht weiter. Die Finanzplanung 25 bis 29 zeigt ein strukturelles Defizit und das bei äusserst schlechtem Cashflow. Das gibt mir tatsächlich auch zu denken und ich bin sehr froh um die Worte der Finanzministerin, die gesagt hat, dass die Erhöhung der Schulden, «die uns laufend einholt, dass man das annimmt wie auch immer, das können wir dann noch schauen», das finde ich sehr gut. Zu den Sparbemühungen vom Gemeinderat will ich einfach auch noch sagen, das hat mich schon letztes Jahr gestört. Es stört mich weiterhin, da wird prominent auch im RPK-Bericht darüber berichtet, was der Gemeinderat alles eingespart hat, aber er sagt es gibt Einsparungen von so und so viel jedes Jahr. Es ist ein bisschen ein Versteckspiel, es kommt mir vor, dass die Einsparungen wirklich nur halbherzig sind, sonst hätte man das offen sagen können, wo genau welche Einsparungen getroffen

worden sind. Es kommt mir manchmal ein bisschen so vor, wenn ich abends nach Hause komme und meiner Frau erzähle, was ich heute alles eingespart habe. Ich bin an X Schaufenster vorbeigelaufen und habe nichts gekauft also ich habe am Abend sicher 200'000 oder auch 20'000 CHF gespart, so kommt es mir ein bisschen vor. Die finanzielle Führung von einem Gemeindewesen ist und bleibt immer eine Gradwanderung eine abgewogene Priorisierung und beinhaltet immer auch eine Verzichtsplannung. Es wäre schön, wenn man alles wunschbare sofort realisieren könnte. Wir müssen bei den Realitäten bleiben. Pratteln ist nicht Basel, wobei es auch in Basel Grenzen gibt. Kurzum, wir werden dem RPK-Antrag folgen. Je nach Situation werden wir weitere Anträge stellen. Wird den beiden RPK-Anträgen zugestimmt, tragen wir das Ergebnis, das jetzt vorliegt als Kompromiss mit und verzichten dann auf weitere Anträge. Wenn aber weitere Wünsche zusätzliche Anträge, die Mehrausgaben zur Folge haben, werden wir die in der Debatte nachfolgend konsequent ablehnen.

Fabian Mendelin: Zuerst will ich im Namen von der SVP allen danken, die im Budget 2025 mitgewirkt haben. Ein grosses Merci geht an die Finanzabteilung der Gemeinde, die uns mit wichtigen Zahlen und Hintergründen versorgt hat und natürlich an die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission. Sie haben viel Engagement und Zeit in einen wertvollen Beitrag geleistet und das verdient Respekt. Aber kommen wir jetzt zu den Zahlen: im Budget 2025 ist ein Defizit von einer knappen Million Franken vorgesehen, ein Betrag, das uns jetzt zu bedenken gibt.

Ich habe manchmal das Gefühl, gewisse Glauben, dass die Schulden von selber verschwinden, wenn man nur lange genug wartet, wie wir aber alle wissen, Schulden gehen nicht von alleine weg und die Zinsen machen die Lage noch schlimmer. Im Bericht von der RPK heisst es, dass rund 4/5 von den Ausgaben zweckgebunden sind, das heisst, dass wir nicht vielmehr Spielraum haben. Trotzdem ist ein Investitionsvolumen von 21 Millionen CHF für das 25 vorgesehen, vor allem für Projekte wie das neue Gemeindezentrum oder die Multisporthalle etc. Das sind sicher wichtige Projekte, aber die Frage bleibt: können wir uns das finanziell wirklich leisten, vor allem wenn die Verschuldung eh schon hoch ist und die Zinskosten steigen. Die RPK hat ganz klar darauf hingewiesen, dass die Verschuldung noch mehr zunehmen wird, was natürlich auch noch zu Mehrzinskosten führt. Jeder Franken, die man für die Zinsen zahlt, fehlt viel für wichtige Projekte oder die Zukunft von unserer Gemeinde. Das können wir nicht länger ignorieren. Wir tragen die Verantwortung, die finanzielle Lage für die nächste Generation stabil zu halten. Positiv ist aber, dass die Steuereinnahmen steigen, vor allem bei den juristischen Personen. Aber auch dort sollte man vorsichtig bleiben. Es könnte sein, dass das nur eine einmalige Geschichte ist. Die Lösung kann so nicht sein, jetzt lockerer mit den Ausgaben umzugehen. Zum Schluss möchte ich zum Ausdruck bringen, dass wir von der SVP hinter der Anstrengung der Gemeinde stehen, die finanzielle Lage zu verbessern, aber wir fordern mehr Transparenz bei den Massnahmen und eine klare Priorisierung der Ausgaben. Ein Budget sollte nicht nur heute funktionieren, sondern auch morgen Bestand haben. Ich möchte allen ans Herz legen, den Anträgen von der RPK zuzustimmen.

Rebecca Moldovanyi: Im Namen der Fraktion von der SP Pratteln bedanke ich mich sehr herzlich bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für den AFP. Was wir beim AFP bedauert haben, ist der Zeitpunkt wo wir ihn als Einwohnerräte und Rätinnen zugestellt bekommen haben. Das hätte viel früher der Fall sein dürfen. Wir haben es vorher gerade gehört, am 23. Oktober ist der Auftrag gewesen für die RPK. Am 25. Oktober hat unsere Finanzchefin auch schon öffentlich Stellung dazu genommen, was wunderbar ist, aber dann können wir auch, wenn das öffentlich ist, sollten wir alle hier Einsicht nehmen können, damit wir auch die RPK respektive die Kommissionsmitglieder von der RPK auf Fragen hinweisen können, wo uns auch unter den Nägeln brennen, so ist das ein bisschen bis zum Schluss einfach unbekannt.

Da hätte ich gerade an dieser Stelle noch die Frage an den Einwohnerrat oder RPK-Präsident gestellt. Ich wäre froh, wenn ihr das noch beantworten könntet, reicht das so als Hinweis für das nächste Jahr, dass wir Einwohnerräte und Rätinnen das früher bekommen oder braucht es eine Änderung im Einwohnerratsreglement? Vielleicht will auch das Büro dazu etwas sagen. Wir bedanken uns natürlich auch bei der RPK für den Bericht zumindest für die viel geleisteten Arbeitsstunden. Inhaltlich können wir bei einigen Punkten nicht nachvollziehen, was da gedacht worden ist und werden das dann auch an den entsprechenden Stellen ausführen. Wir werden den

Anträgen nicht zustimmen, weil wir halt eben in unsere Zukunft investieren wollen, wir glauben an unsere Zukunft.

Philippe Doppler: Ich möchte mich gerade dazu äussern zu dieser Aussage für die Publikation von diesen Dokumenten: Wir haben das intern schon abgesprochen und wir werden dafür sorgen, dass das in Zukunft schneller bei euch ist. Das wird publiziert respektive auf dem Internet aufgeschaltet, sobald die RPK die Unterlagen auch bekommt, insofern sollte damit genug Zeit bleiben, um der RPK noch entsprechende Fragen und Aufträge mitzugeben.

Andreas Seiler: Das Büro ist mit dem Vorgehen in Zukunft zufrieden und hat das auch gewünscht. Wir haben das in der Bürositzung besprochen und wir sind froh, darüber so beschlossen zu haben. Wir haben im Einwohnerrat in den letzten Jahren schon mehrmals über das Thema diskutiert und wenn das jetzt wirklich so umgesetzt wird und der Ablauf in der Verwaltung auch so angepasst wird, dann ist das Einwohnerratsbüro da sehr zufrieden.

Emil Job: Ich möchte mich im Namen von der unabhängigen Pratteln für die Arbeit, die die Verwaltung, die RPK und auch der Gemeinderat in den AFP gesteckt hat, bedanken. Das ist jedes Mal eine riesen Arbeit das zusammenzustellen und wir sind sehr froh, dass das gemacht wird und wir nachher darüber debattieren können. Ja, ich gehe jetzt hier nicht in die Details ein, das ist schon viel gesagt worden. Ich kann nur sagen, wir haben diverse Sachen im AFP, wo wir ein paar Anträge stellen werden. Es sind vor allem formelle Anträge, also keine Angst. Wir wollen da nicht das Budget erhöhen aber was wir auch nicht können ist, wir können nicht allen Anträgen von der RPK folgen und da werden wir auch entsprechend abstimmen.

Dominique Häring: Die Fraktion Mitte-EVP bedankt sich für den ausführlichen AFP und auch die Möglichkeit über den Beratung zu haben. Wir werden als Fraktion den Anträgen von der RPK zustimmen und werden uns entsprechend äussern, wenn es den Bedarf generiert.

Andreas Seiler: Dann kommen wir zur Lesung.

Lesung

01 Politische Behörden

02 Allgemeine Verwaltung

Keine Wortmeldungen

03 Polizei

Patrick Weisskopf: Ich habe einen Antrag im Aufgabenfeld 3 Polizei und zwar bei den Zielen. Es geht mir darum, dass man das wieder hinzufügt, wo man weggenommen hat und zwar «die Reduktion der Sachbeschädigung im öffentlichen Raum» wieder das Ziel drin ist und ich würde es auch begrüssen, wenn der Gemeinderat und die Verwaltung das dann nämlich in der Rechnung mit den Kennzahlen zeigen würde, was passiert ist, dass man das rückverfolgen kann. Für die Bevölkerung ist es nämlich wichtig, dass man sieht, dass man auch etwas macht, wo nicht unbedingt darauf auf Strafen hinausgeht und die ganzen Radarkontrollen, sondern auch wirklich das Wohlbefinden, das wir haben und momentan dünkt es mich im öffentlichen Raum, ist das Ganze ein bisschen am ansteigen.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Weisskopf

Der Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

://: Ziele (wieder hinzufügen): Reduktion Sachbeschädigung im öffentlichen Raum. Beibehaltung von ursprünglichem Text.

Fortsetzung der Lesung

04 Feuerwehr und Bevölkerungsschutz

05 Schulen

Keine Wortmeldungen

06 Familienergänzende Angebote

Andreas Seiler: Der Antrag von der Rechnungsprüfungskommission ist auf S. 6 Kapitel 5.2 zu finden. Die Position der Beiträge an Spielgruppen, obligatorische frühe Sprachförderung gänzlich zu streichen und damit die Position weitere Aufwände von CHF 1,632 Millionen auf neu 1,552 Millionen zu reduzieren, sowie aus den Zielen von Aufgabenfeld 6 zu streichen. Das Streichen aus den Zielen bedeutet, das liegt mir auch schriftlich vor, bei Zielgruppe und Wirkungen (im Beschluss fällt der letzte Punkt weg) Vorschulkinder mit ausgewiesenem Sprachförderbedarf haben im Jahr vor dem Kindergarten Eintritt Zugang zu ausreichender früher Sprachförderung Umsetzung des neuen Gesetzes über frühe Sprachförderung, S. 116 und der unterste Abschnitt frühe Sprachförderung gemäss neuer kantonaler Gesetzgebung wird konzipiert und umgesetzt. Die Konzeption und Finanzierung für die frühe Sprachförderung sind bereit und werden ab Frühling 25 umgesetzt. Der Einwohnerrat kann nur über die grau hinterlegten Bereiche abstimmen. Es würde dann noch eine redaktionelle Änderung natürlich zur Folge haben, dass das unter wichtigen Projekten im weissen Teil auch wegfallen würde. Das Wort ist frei zu dem Antrag.

GR Rahel Graf: Ich möchte es mir doch nicht nehmen lassen dazu noch etwas zu sagen, weil bei der frühen Sprachförderung geht es um die Förderung von unseren Kindern. Ich möchte das einfach an dem Ort noch einmal wirklich mindestens doppelt unterstreichen. Es ist unsere Pflicht, ihnen die besten Voraussetzungen für einen gelungenen Start ins Leben und in die Schule zu bieten. Eine von den wichtigsten Grundlagen für den Start ist das Beherrschen der Sprache, weil die Sprache ist der Schlüssel zur Bildung, zur Integration und zur gesellschaftlichen Teilhabe. Mit der Einführung vom kantonalen Gesetz im Juni 2024 zur frühen Sprachförderung im Kanton Baselland hat das Parlament, der Landrat vom Baselland anerkannt, dass jedes Kind eine faire Chance verdient. Ab 2025 wird der Kanton flächendeckend Sprachstanderhebungen machen bei allen dreijährigen Kindern. In Pratteln erwarten wir, dass ungefähr die Hälfte von den Kindern Sprachförderbedarf ausweisen werden, das sind alle Kinder. Es geht da nicht nur um fremdsprachige Kinder, sondern es geht um alle Kinder. Es gibt auch deutschsprachige Kinder, die Förderbedarf haben. Die Kinder dürfen wir nicht zurücklassen «no child left behind». Das ist eines von unseren Schlagwörtern, die wir als kinderfreundliche Gemeinde in Pratteln haben.

Unser Ziel ist es jedem Kind, wenn es in die Schule kommt, also in Kindergarten, dass jedes Kind möglichst die gleichen Chancen hat. Besonders Kinder aus benachteiligten Familien profitieren überdurchschnittlich von gezielten Massnahmen. Frühzeitige Förderung ist deutlich wirksamer und kosteneffizienter als spätere Nachbesserungen im Schulsystem. Anders als im Bericht von der RPK drinsteht oder suggeriert wird, sage ich jetzt einmal gibt es etliche internationale und nationale Studien, die ganz eindeutig belegen, dass frühe Sprachförderung, insbesondere im alltagsintegrierten Setting, so wie wir es vorgesehen in Kitas und Spielgruppen, die Sprachkompetenz und die kognitiven Fähigkeiten der Kinder nachhaltig verbessert. Diese Methode ist effektiver als separate Förderlektionen, weil sie in den Alltag eingebettet ist und weil die Kinder ganzheitlich angesprochen werden. Die Ergebnisse von diesen Studien zeigen auch, dass Investitionen in die frühe Förderung nicht nur ein sozialer Gewinn sind, sondern auch ein volkswirtschaftlicher. Bereits nach zehn Jahren lohnen sich die Investitionen, die man macht in die frühe Förderung. Man macht Einsparungen bei den späteren Fördermassnahmen und durch besser qualifizierte Fachkräfte aus dem Bildungssystem ist das gewährleistet. Wir in Pratteln nehmen die Aufgabe ernst, die wir bekommen haben vom Kanton. Wir setzen auf freiwillige Angebote, wo speziell den Kindern mit Förderbedarf zugutekommen. Für sie wollen wir Gutscheine zur Verfügung stellen, dass sie zweimal in der Woche alltagsintegrierte Sprachförderung von fünf Stunden in Anspruch nehmen können in anerkannten Kitas und vor allem in Spielgruppen. Unsere Fachstelle Kindheit und Familie will die Angebote koordinieren und sie wird sicherstellen, dass die pädagogischen Qualitäten den Anforderungen entsprechen. Die Finanzierung von diesen Massnahmen ist eine Investition, die sich mehrfach auszahlen wird, sozial, bildungspolitisch und volkswirtschaftlich. Frühe Sprachförderung ist nicht nur ein Thema von Eltern und Bildungseinrichtungen, sondern es geht

uns alle an. Es geht darum, in unserer Gesellschaft gerechter, integrativer und zukunftsorientierter zu werden und Kinder, die heute unterstützt werden, sind morgen besser integriert, besser ausgebildet und besser qualifiziert. Es geht um soziale Gerechtigkeit, jedes Kind, unabhängig von seinem familiären oder sprachlichen Hintergrund verdient eine faire Chance und es geht um die Zukunft von unserer Gemeinde und von unserem Kanton und schlussendlich auch von unserem Land. Wir sind auf junge, gut ausgebildete Leute angewiesen. Die frühe Sprachförderung ist ein kleiner Schritt für unsere Gemeinde, aber es ist ein grosser Schritt für unsere Kinder, für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft und lässt uns gemeinsam dafür sorgen, dass kein Kind zurückbleibt und dass jedes Kind mit guten Voraussetzungen in den Kindergarten starten kann, denn jeder investierte Franken in die frühe Förderung ist ein Beitrag für gerechtere und eine erfolgreichere Gesellschaft. Darum bitte ich euch ganz herzlich, den Antrag von der RPK abzulehnen.

Rebecca Moldovanyi: Wie vorher schon angetönt, wir werden die Anträge von der RPK ablehnen. Der Antrag frühe Sprachförderung zu streichen, ist an für sich schon irritierend. In dem Text steht drin «die obligatorische Sprachförderung» das ist ja gar nicht wahr. Es geht nicht um eine obligatorische Sprachförderung, es bleibt freiwillig. Dann handelt es sich um einen Eingriff ins Globalbudget. Wir stimmen über das Globalbudget ab und nicht über einzelne Positionen. Ich finde das relativ interessant weil letztes Jahr ist ein Antrag gestellt worden, dass man Sozialpädagogen-Stellen im Jugi nicht streichen soll und dann ist von sehr vielen hier drin relativ vehement gesagt worden, man soll keine Anträge stellen auf einzelne Positionen. Man kann das nicht im einen Jahr machen und im nächsten Jahr dann doch einzelne Positionen streichen wollen, wenn man glaubhaft bleiben will. Also jetzt zu diesen Argumenten von der RPK: Aktuelle Finanzlage: Ja, es kostet etwas. Es kostet übrigens nicht 200'000, es ist weniger, wenn man das richtig nachgelesen hat. Das ist eine Investition in die Bildung, in unsere Zukunft. Frühe Sprachförderung ist, wie wir es vorher schon gehört haben, das billigste an Bildung, wo man überhaupt machen kann. Es gibt keinen Posten später jemals im gesamten Leben, das man günstiger machen kann wie eine Spielgruppe. Wenn das Kind später Sprachprobleme hat, dann wird es Sprachtherapie bekommen oder Logopädie oder Spezialunterricht. Das kostet alles massiv mehr wie zweimal in der Woche 2 1/2 Stunden spielen.

Dann wird da gesagt, es gäbe kein Nachweis zur Wirksamkeit. Das ist einfach nicht wahr. Ich habe euch allen hier eine Studie mitgebracht. Wer Interesse hat, kann da sehr gerne einmal hineinschauen. Die Studie ist vom 2022 von der pädagogischen Hochschule St. Gallen und diese Studie weist nicht die Notwirksamkeit auf, sondern weist extrem viele Studienvereine, die die Wirksamkeit eben schon nachgewiesen haben, die Wirksamkeit ist bewiesen. Es geht nicht darum, ob frühe Sprachförderung wirksam ist oder nicht, die Frage ist, welche Form von früher Sprachförderung wirksamer ist als andere. Da haben wir auch diverse Beispiele selbst aus unserer nächsten Umgebung, die eben nachweisen, dass es sehr wohl viele positive Effekte hat, z. B. Basel, auch wenn nachher ganz sicher gesagt wird, wir sind nicht Basel, nein, wir sind nicht Basel, aber wir haben eine ähnliche Bevölkerungsstruktur da. Wir haben ähnliche Thematiken, wir sind die gleiche Region und Basel, die seit zehn Jahren ein Obligatorium besteht und das geht sie bei uns hier nicht einmal, aber dort haben heute signifikant mehr Schüler geschafft in den Zug E oder P zu kommen, wie noch vor dieser Einführung. Das muss man doch anerkennen. Also es gibt Unterschiede, die da gemacht werden. Es ist ganz klar je früher, dass man Kindern Sprachen beibringt, desto besser werden sie die Sprachen lernen und das gilt auch für den Ausdruck in der eigenen Muttersprache, nicht nur bei Fremdsprachen. Dann sagt die RPK, wir müssen nicht eine Vorreiterrolle einnehmen. Der Zug ist schon längstens abgefahren. Wir nehmen da keine Vorreiterrolle ein. Es gibt Basel-Stadt, den ich vorher erwähnt habe. Es werden diverse Kantone erwähnt in der Schweiz oder Städte, die schon sehr positive Erfahrungen gemacht haben. Der gesamte Kanton Zürich hat an unterschiedlichen Standorten unterschiedliche Projekte eingeführt, die sehr viel Positives schon bewirkt haben, auch hier in nächster Umgebung. Birsfelden hat seit fünf Jahren ein ähnliches System wie wir einführen würden und zwar zweimal in der Woche 2 1/2 Stunden Spielgruppe, nicht obligatorisch.

Also da sind wir keine Vorreiterrolle. Wir haben da schon Zahlen. Wir haben Zahlen, die belegen können, dass 90 % der Fragebögen im Durchschnitt zurückkommen. Das ist sehr viel und dass fast alle Familien das Angebot auch annehmen, wenn sie darauf hingewiesen werden, dass ihr Kind ein sprachliches Defizit hat. Das zeigt, das ist eine enorme Erreichbarkeit, das schafft man

sonst fast nirgends und das zeigt wie gross das Bedürfnis auch ist von den Eltern, dass ihre Kinder Unterstützung bekommen. Also wenn wir jetzt das annehmen oder halt eben nicht wegstreichen, gehen wir wegen dem nicht in eine Vorreiterrolle hinein. Das einzige, was wir arbeiten ist, dass wir nicht ins Hintertreffen kommen. Wir haben ganz viele Gemeinden in Baselland, die jetzt dann auch starten, das gesamte Leimental wird starten, Sissach wird starten und da sind wir mit der Bevölkerungsdemografie also deutlich näher an Basel dran. Bei uns hat es mehr Kinder, die Deutsch als Zweitsprache lernen. Also bei uns ist das noch ein bisschen dringender als beispielsweise in Sissach. Also wir wollen ja für alle Kinder einen guten Start ins Bildungssystem und gleiche Chancen auf Bildung und Ausbildung. Dann wird hier genannt aufgrund von der angespannten Finanzlage nicht jetzt sondern später, das ist ein bisschen scheinheilig, wenn man einerseits ein Jahr Steuern senken will und dann nachher aber halt wieder den Vulnerabelsten, den Kleinsten von der gesamten Bevölkerung Bildungschancen verwehren will. Gleichzeitig werden dann auch über andere Sachen verhandelt wie eine Schwinghalle, wo nur gezielt Einzelnen zur Verfügung steht. Da geht es um alle Kinder. Von jedem einzelnen Kind von Pratteln können die Eltern den Fragebogen durchführen und können von diesen Gutscheinen profitieren, weil jetzt kommen wir zum 5. Punkt die da nicht drin beschrieben ist, wo ich aber davon ausgegangen bin, dass unausgesprochen ein ganz wichtiger Punkt ist, wo man auch immer wieder in Zweier-Gesprächen hört und zwar die Angst, dass ausländische Familien mehr profitieren als Schweizer Familien. Auch das ist nicht wahr. In der frühen Sprachförderung geht es um alle Kinder. Auch in diesen Tests stellt man fest, wenn ein Kind später anfängt zu reden als eigentlich sonst oder wenn es mehr Mühe hat, macht es einen riesigen Unterschied in welchem familiären Hintergrund, dass man geboren ist, wie viel, dass die Eltern mit einem Daheim reden, über Erlebnisse berichten, Bilderbücher anschauen und das Kind erzählen lassen oder halt eben nicht die Zeit haben, wegen der Arbeit oder sonstigen Sorgen lieber den Fernseher einmal einschalten. Das macht eine Chance Ungleichheit und darum ist das so wichtig. Wir wissen, dass heute ganz viele Kinder nicht mehr mit Geschwistern in einem ähnlichen Alter daheim aufwachsen. Das heisst, sie müssen das an anderen Orten auch einholen können, das Spielen miteinander im Alltag, darüber reden ist das, was die Sprache macht und die Kinder lernen sehr schnell, übrigens auch Sozialverhalten und nicht nur Sprache. Unsere Spielgruppen sind darauf eingestellt, sie können das, sie haben schon Massnahmen sich überlegt wie sie im nächsten Jahr darauf reagieren können, dass dieser Mehrbedarf auch wirklich gedeckt wird. Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung und auf Chancengleichheit. Ich bitte sie alle diesem Projekt nicht die Grundlagen hier zu entziehen, sondern dass wir heute Abend zeigen, dass wir nicht nur eine kinderfreundliche Gemeinde auf Papier sind, sondern halt auch im realen Leben.

Delia Moldovanyi: Ich nehme es einmal vorweg, die Fraktion der Unabhängigen lehnt den Antrag von der RPK ab und zwar mit Vehemenz. Eine Mehrheit von der RPK stellt den Nutzen von der frühen Sprachförderungen nicht einfach nur in Frage, nein, sie ist sogar der Überzeugung, dass sie gar kein Nutzen hat. Ich würde einmal gerne wissen von wo die Überzeugung kommt. Klar Politik ist keine exakte Wissenschaft. Es wird viel auf die Meinungen und Weltbilder gestützt usw. aber wenn eine Kommission sagt, dass eine gewisse Institutionen kein Nutzen hat, muss sie das auch belegen können, zumindest erwarte ich dann irgendwelche Alltagserfahrungen oder irgend-etwas, weil wenn sie das nicht kann, dann hat sie nicht nur ihre Arbeit nicht gut erledigt, sondern sie verbreitet einfach nur Fake-News. So kann auch keine politische Debatte geführt werden. Das nur so generell zu dieser äusserst fragwürdigen Begründung von der RPK zu dem Antrag. Dann zum Inhalt: ja Pratteln schreibt Minus und ja Pratteln muss irgendwo sparen, doch warum muss aus dem ganzen Aufwand wo Pratteln generiert, wo wir haben, warum man dort genau die frühe Sprachförderung herausgepickt hat, verstehe ich nicht. Über den Nutzen von der frühen Sprachförderung haben wir jetzt viel gehört, da will ich nicht mehr lange dazu reden. Es können alle, die Interesse haben auf der Homepage von Baselland nachschauen. Dort kann man viel nachlesen darüber. Der Nutzen ist aber nicht nur auf dem Papier erwiesen, sondern man kann auch in ganz einfachen Alltagsbeispielen sehen, stellt euch mal vor, ein Kind kommt in den Kindergarten und kann immer auch sagen, dass es auf WC muss. Es gibt ein Problem für das Kind. Es gibt ein Problem für die Kindergartenlehrerin. Das Kind wird immer einen Abstand haben zu den anderen Kindern und das zieht es weiter und weiter und diesen Abstand wird es nie selber aufholen können. Die frühe Sprachförderung ist kein Wundermittel und es wird auch nicht alle Folgekosten auflösen können, das ein Kind mit Lücken in der Sprachkompetenz mit sich führt. Es kann dem aber entgegenwirken, es wird dem ganz üblen Phänomen entgegenwirken können, dass Kinder

schon im Kindergarten abgehängt werden. Das ist eine Leistung, die wir den Prattler Kindern bieten müssen, auch wenn die Finanzlage nicht rosig aussieht. Letztes Jahr haben wir beim Jugi sparen wollen, dieses Jahr bei den Kleinsten. Das ist ein Armutszeugnis für eine Gemeinde wie Pratteln, vor allem für so eine kinderreiche Gemeinde. Warum sparen wir nicht beim Strassenbau? Warum müssen wir eine Multifunktionshalle bauen, aber Jahr für Jahr jedem zweiten Kind in Pratteln eine Leistung zu verweigern, wo erwiesenermassen einen positiven Einfluss auf die Sprachkompetenz von den Kindern hat. Das können wir uns dann nicht leisten.

Bitte lehnt den Antrag ab. Danke und noch einen kleinen Hinweis, bei der rechtlichen Grundlage ist das Gesetz über die frühe Sprachförderung nicht enthalten. Das könnte man noch ergänzen.

Mauro Pavan: Sehr geehrter Herr Präsident, ich habe das Votum gehört, dass man sich kurzfassen soll und ich schätze das sehr. Ich glaube, ich bin bekannt dafür, dass ich mich gerne kurzfasse. Ich möchte mich gerne noch einmal äussern als Präsident der Sozialhilfebehörde. Ich schliesse mich allen Vorrednerinnen an und unser oberstes Ziel als Sozialhilfebehörde ist unsere Klienten möglichst nachhaltig abzulösen können aus der Sozialhilfe und da sind wir uns alle einig, alle Parteien und die Fraktionen sind in dieser Behörde vertreten und der Antrag von der RPK ist halt einfach völlig quer in der Landschaft. Ihr fällt uns hier in den Rücken. Lehnen sie das bitte ab.

Dominique Häring: Es ist heute ein Zeitungsartikel heraus. Baselland testet ab Januar die Deutschenkenntnisse von Kindern. Dort steht: am effektivsten erlernen Kinder die Sprache, wenn sie im Alltag zahlreiche Gespräche mit Erwachsenen und anderen Kindern führen, das heisst auf gut Deutsch auch mit den Eltern. Ich bin in der RPK gewesen, wir haben in der RPK Themen diskutiert. Wir haben aber nie irgendwelche Statements als RPK abgegeben. Ich habe den Antrag unterstützt. Wir haben darüber diskutiert und die Argumente sind folgende von mir als Person: Ich habe es befremdlich gefunden, dass ich von drei verschiedenen Leuten angegangen worden bin, ehemaliger Gemeinderat, aktive Gemeinderätin und Stelleninhaberin, die mich überzeugen wollten, dass das wichtig ist.

Das habe ich nie in Frage gestellt, sondern wir haben darüber diskutiert, können wir uns das leisten in diesem Jahr oder nicht und habe eine persönliche Meinung und die habe ich kundgetan. Wir streichen bei den Kitas Leistungen, wollen aber zum anderen andere Instrumente einführen. Die Gemeinden sind Notabene selber verantwortlich was für Angebote sie stellen. Was wir im Moment immer wieder machen, ist Symptombekämpfung. Wir löschen Feuer, wir löschen Brände, beheben aber nicht die Ursache. Die Ursache z. B. Elterntaxis was hat man gemacht? Man macht jetzt einfach ein absolutes Halteverbot, ist Brandlöschen nicht die Ursache beheben da könnte man die Eltern auch büssen dafür, dass sie Taxi spielen weil was gibt es besseres wie ein Schulweg für Kinder, das gemeinsam den Schulweg machen. Sie reden miteinander, sie unterhalten sich und das ist die Kommunikation. Das ist Alltag und das kann man auch auf die Kleineren ausweiten. Also die Eltern sollten ja die Möglichkeit haben, regelmässigen Austausch mit Nachbarn zu führen mit anderen Freunden. Also ich kenne das selber. Ich war alleinerziehend und ich habe immer andere Mütter mit Kinder gehabt, mit denen sich unsere Kinder austauschen konnten, also es spricht nichts dagegen und behaltet im Auge, wir haben ja nicht per se alles abgelehnt, sondern wir sagen im 25 schauen wir jetzt einmal, wie sich das entwickelt, weil es wird jetzt eingeführt in den anderen Gemeinden und dann wird in der nächsten Beratung wieder darüber entschieden.

Urs Schneider: Ich will der Rahel Dankeschön sagen, für dass sie sich Zeit genommen hat und in die Fraktion gekommen ist und ihr Anliegen noch fundiert erklären konnte. Wir haben beim Landrat im letzten Jahr die rechtliche Grundlage geschaffen, dass die Gemeinde die Möglichkeit hat, auf die frühe Sprachförderung so einzugehen, wie es jetzt in Pratteln auch vorgesehen wäre. Die frühe Sprachförderung ist unbestritten, etwas vom wichtigsten die es gibt, nur die Frage ist halt der Weg dorthin und den sehen vielleicht nicht alle hier ihn als der gleiche. Sie hat auch gesagt, das Konzept steht und jetzt hat man die Idee mit diesen Gutscheinen, die man den Kindern abgeben will, dass sie dann in die Spielgruppe können, die sie dann sprachlich auch unterstützt werden. Das kann ich alles nachvollziehen aber trotzdem sind für mich ein Haufen Fragen im Moment noch offen z. B. was ist mit den Kindern, die vielleicht auch fremdsprachige Eltern

haben, die aber jetzt schon vorgängig die Kinder aus Eigeninteressen in diese Spielgruppe geschickt haben? Was ist mit denen die z. B. schon dritte Generation hier sind, die Eltern gut Deutsch können aber die Eltern aus Prinzip daheim mit den Kindern nur ihre Muttersprache reden, das ist für mich nachvollziehbar. Ich will ja auch, dass mein Kind so spricht wie ich. Trotzdem wären auch die Eltern in der Verantwortung, diesen Kindern schon früh die deutsche Sprache mitzugeben, vor allem wenn sie es ja selber auch beherrschen, weil sie wollen ja für das Kind auch nur das Beste, dass es einfach möglichst einen einfachen Anschluss hat, sei es im Kindergarten, sei es später in der Schule hat. Für mich sind noch ein Haufen Fragen offen und ich glaube der Vergleich jetzt von Mauro wegen der Sozialhilfe, den finde ich jetzt ein bisschen schräg in der Landschaft. Ich glaube nicht alle die am Anfang Mühe haben mit der deutschen Sprache, dass man jetzt gerade Angst haben muss, dass sie in die Sozialhilfe abrutschen, also absolut nicht. Kindergarten, Schulzeit usw. also ich glaube, wir sind jetzt da vielleicht wirklich ein Jahr zu früh und mit dem Wissen, dass man eine angespannte Finanzlage haben, wird die SVP eigentlich dem Antrag von der RPK so auch zustimmen, heisst aber nicht, dass wir gegen frühe Sprachförderung sind. Wir haben gewisses Angebot absolut jetzt schon und wir werden bestimmt auch bereit in einem Jahr, wenn man das Konzept vielleicht auch einmal auf den Tisch legt, was es ist wenn, präsentieren kann.

Dieter Stohler: Auch ich werde mich kurzfassen. Vielleicht zuerst noch gerade eine Antwort an Rebecca, die sich das aus rechtlicher Sicht noch angeschaut hat, dass wir gar nicht Beträge streichen können. Das ist richtig. Wir können einfach das Gesamtvolumen bei gewissen Beträgen, die aufgeführt sind, einfach das Volumen reduzieren, was der Gemeinderat mit dieser Reduktion dann anfängt, das ist seine Sache tatsächlich. Aber das hindert uns nicht, dafür zu sein, dass wir für den RPK-Antrag sind. Wir haben das sehr eingehend geprüft. Wir finden es grundsätzlich eine gute Idee und auch wir haben uns eingehend damit befasst und auch die Gemeinderätin Rahel Graf angehört in der Fraktion und Fragen gestellt, besten Dank für das Angebot und wir haben uns die Frage gestellt, ob wir uns das leisten können und wollen im jetzigen Zeitpunkt. Die Gemeinde finanziert zwei Jahre Kindergarten und sechs Jahre Primarschule, aus unserer Sicht muss es möglich sein, in den zwei Jahren Kindergarten, die Kinder so auf die Primarschule vorzubereiten, dass sie dort sagen können, wenn sie auf das WC müssen, um das Beispiel einfach aufzunehmen. Einer Ausdehnung der Schulung durch die öffentliche Hand und natürlich bezahlt doch die öffentliche Hand auf noch jüngere Kinder eigentlich immer, jüngere Kinder stehen mir einfach kritisch gegenüber. Die Frage ist, wo hört das auf? Es gibt irgendwo auch noch eine Eigenverantwortung der Eltern für ihre Kinder und es gibt, auch das bitte ich zu bedenken auch heute schon und Pratteln macht schon sehr viele Angebote, auch in den Kitas wird direkt und indirekt heute frühe Sprachförderung betrieben. Also wir machen schon viel und wie der Urs Schneider gesagt hat, sind auch viele Fragen offen. Also ich will z. B. auch das Bedenken geben, ich weiss, ich mache mich jetzt bei meiner Fraktion nicht beliebt, einfach als Stichwort, man hat noch keine Erfahrungen mit diesen freiwilligen Angeboten, aus dem Obligatorium. Ich stelle einfach die Frage, ich weiss das Obligatorium ist teurer, darum meine ich mache ich keine Freude, aber ob bei der freiwilligen Sprachförderung ob es die richtigen Leute das nützen, bin ich einfach gespannt, was für Erfahrungen es da gäbe und ja ich will einfach auch darauf hinweisen, das Gesetz über die frühe Sprachförderung ist jetzt ein Jahr alt in Baselland. Die Verordnung dazu ist noch kein halbes Jahr alt. Pratteln erfüllt heute die Mindestanforderungen von diesem Gesetz und verstösst heute nicht gegen kantonales und damit übergeordnetes Recht. Wir sehen nicht ein, ich nehme jetzt auch in den Mund das Wort, warum Pratteln hier eine Vorreiterrolle haben soll. Ich beschränke es jetzt auf den Kanton Baselland, nachdem vorher Zürich usw. erwähnt worden ist im Stil von einem Musterschüler immer übernehmen muss, wenn es im schulischen Bereich ist. Auch das sei einfach erlaubt, die Abwägung zu machen angesichts der Finanzlage in Pratteln. Ich bitte euch dem RPK-Antrag zu folgen und will einfach darauf hinweisen, es ist ein Abwägen, aber beim Abwägen auch alle Schulden, die wir mehr machen und den Jungen hinterlassen auch das ist eine Hinterlassenschaft, wo die Jungen dann damit irgendwo zu kämpfen haben.

Rebecca Moldovanyi: Ich werde noch auf ein paar Punkte eingehen. Zuerst einmal danke Dominique, genau das was der Artikel sagt, ist ja genau das, was wir da auch bekräftigen wollen. Der Austausch mit anderen Kindern mit Erwachsenen ist genau das, was Kinder fördert mit der Sprachkompetenz und nicht alle Kinder können das zuhause haben, weil sie vielleicht keine

Geschwister haben oder halt Eltern, die vielleicht ein bisschen weniger interessiert sind oder sie haben halt Eltern die eine Fremdsprache sprechen und Kontakt pflegen zu anderen Eltern mit Fremdsprachen und es geht ja hier nicht um die Eigenverantwortung. Die Kinder haben noch keine Eigenverantwortung. Es ist auch unter unserer Verantwortung, dass Kinder die gleichen Chancen haben im Leben. Noch einmal zum Sagen, es geht hier auch um deutschsprachige Kinder. Die sind jetzt in der Diskussion sehr herausgefallen. Es gibt sehr viele deutschsprachige Kinder die Probleme haben mit der Sprache. Die Gründe habe ich vorher schon genannt und auch die würden ganz fest von dem profitieren und ich finde, es steht halt schon extrem schräg im Raum, wenn auf diesen nicht einmal immer noch. Die Zahlen sind falsch, 200'000 im Jahr, wo es dann einmal geben soll, im ersten Jahr wären es 80'000 sowieso. Also in diesem Jahr im 25, in dem wir jetzt darüber reden, ist es gar nicht so teuer, aber wenn über diesen Betrag so fest diskutiert wird und gleichzeitig andere Beträge wie halt eben eine Schwinghalle wo 1 Million kosten soll für ein paar wenige Leute, darüber kann man reden. Das macht nicht wirklich viel Sinn, denn ja, freiwillige Angebote sind super das ist mega toll. Nur wird man wahrscheinlich genau die es am meisten brauchen, nicht damit erreichen und ausserdem stelle ich diese Studie sehr sehr gerne zur Verfügung. Es kommt ganz klar heraus, die Qualifikation von den Fachpersonen, die da begleiten, macht den Unterschied und ich glaube, das kann nicht unser Ziel sein, das fände ich höchst traurig als Gemeinde, wenn wir die Mindestanforderungen erreichen wollen. Ich finde, man dürfte durchaus ein bisschen mehr als nur die Mindestanforderungen erreichen, gerade weil wir uns als kinderfreundliche Gemeinde beschreiben und auch wie gesagt in Baselland, wir nehmen keine Vorreiterrolle ein, Birsfelden macht das seit fünf Jahren. So viele grosse Gemeinden fangen jetzt an mit dem, also es geht nicht um eine Vorreiterrolle, es geht allerhöchstens darum, nicht ins Hintertreffen zu geraten.

GR Rahel Graf: Ich möchte einfach noch zwei, drei Repliken zu Dominique Häring geben. Ich wollte dir überhaupt nicht zu Nahe treten. Wenn du einen politischen Austausch als «Angehen» empfunden hast, dann tut mir das sehr leid. Ich wollte mit dir über die Beweggründe diskutieren. Dann möchte ich einfach noch zwei, drei Sachen richtigstellen, die du gesagt hast und so nicht stimmen: Wir hätten Leistungen bei den Kitas gestrichen. Das stimmt nicht. Wir haben letztes Jahr den Tagessatz der Kitas erhöht. Die Kitas könnten übrigens davon auch profitieren und Angebote machen und bei Kindern, welche bei ihnen sind, ebenfalls über Gutscheine einen Teil abrechnen. Dann möchte ich noch zu Urs Schneider sagen: Ihr betont immer die Verantwortung, welche die Eltern wahrnehmen müssen. Das stimmt, da bin ich mit euch völlig einverstanden aber wir wissen alle, dass die Verantwortung leider nicht immer wahrgenommen wird. Wenn sie nicht wahrgenommen wird, dann leiden die Kinder darunter. Ich für meinen Part fühle eine gewisse Verantwortung diesen Kindern gegenüber und möchte ihnen eben halt die ähnlichen Chancen ermöglichen wie andere Kinder sie auch haben. Die Angebote, die wir bereits haben, sind sehr gut. Das möchte ich überhaupt nicht schmälern, aber das sind Angebote, welche für Kinder da sind, die bereits im System drin sind, solche, die von ihren Eltern dort hingebraucht werden. Wir möchten aber die anderen Kinder erreichen. Birsfelden macht es seit fünf Jahren. Wir haben ja eine relativ gute Datenbasis und wir können die Wirksamkeit ziemlich gut nachweisen mit dem Beispiel Birsfelden. Meine letzte Bemerkung: Ihr betont alle, ihr seid nicht dagegen. Doch, ihr seid dagegen.

Gery Stadler: Vieles ist gesagt worden, ich will noch ganz wenig bestätigen. Ich kenne jetzt gerade eine dritte Sek. Alle meine Schülerinnen und Schüler sind am Lehrstellen suchen. Ich habe eine Sek B im Kanton Zürich, das entspricht einer Sek A im Kanton Baselland. Ich sehe genau, wer wann Deutsch gelernt hat und wer hat wann den Zugang zur deutschen Sprache gefunden. Das sind diejenigen, welche jetzt schon eine Lehrstelle haben, die anderen suchen noch. Und bei diesen kann ich fast sicher sagen, sie müssen ins 10. Schuljahr, weil sie einfach nichts finden trotz der Unterstützung, die die Regelschule bieten kann. Das sind die teuren Geschichten und will niemand. Was ich da nicht verstehe, ist, dass ihr die Investition nicht machen wollt. Die Investition müssen wir jetzt machen, weil das Geld ist, was wir später zu 100% sparen. Das sehe ich in meiner alltäglichen Arbeit. Das habe ich am Bericht von der RPK auch nicht verstanden, dass gesagt wurde, es sei nicht nachgewiesen. Doch ich merke das beim Arbeiten. Zu Urs Schneider: Ich glaube, es sind nicht nur die fremdsprachigen Kinder, abgesehen davon, dass das dort sicher auch wichtig ist. Es sind auch viele Kinder mit Spracherwerbsstörungen mit selektivem Mutismus z. B. je früher man sie abholt, desto besser. Ich habe ganz viele Fremdsprachenkinder,

welche Secondos oder sogar aus der dritten Generation sind und die können das tiptop, auch wenn sie zuhause ihre Mutter- oder Vatersprache reden. Es ist erwiesen, dass Kinder bis drei Jahre völlig problemlos mit zwei Sprachen aufwachsen können. Es geht nicht um diese, sondern es geht um alle Kinder, egal was für eine Muttersprache sie haben. Es geht um Spracherwerbsstörungen und das ist ganz eine andere Geschichte. Zu dieser ganzen Geschichte mit dem Kindergarten und dem WC: Das ist tatsächlich ein Problem, ist aber daran geschuldet, dass unsere Kinder einfach immer früher eingeschult werden. Früher kam man mit fünf Jahren in den Kindergarten und jeder konnte schon gut ohne Windeln herumtigern. Und heute mit knapp vier Jahren ist das halt noch nicht bei allen der Fall. Darum ist es vielleicht dort gerade nochmal wichtiger, dass sie reden können. Früher konnten sie schon reden und waren «sauber», weil sie bereits fünf Jahre alt waren. Die Haltung «mir wei mol luege», nein, wir wollen nicht schauen, wir wollen machen! Jetzt und nicht erst nächstes Jahr. Das ist eine Investition in die Zukunft.

Hasan Kanber: Ende 1970 ist meine Schwester bei den Grosseltern drei Jahre aufgewachsen. Ich möchte euch einfach ein bisschen ins Gewissen reden. Ich will das im 2024 nicht mehr haben. Ich bin mit meinen zwei Kindern in Pratteln und wurde vor ein paar Jahren von der betreffenden Abteilung angerufen und auf das Angebot vom Elternkindertreff aufmerksam gemacht. Schön.... aber reicht das mit diesen Angeboten? Mit diesem Werkzeug hätten wir eine Erhebung, wüssten wie viele Gutscheine wir abgegeben haben. Ich habe hier den Vedat als Kollege von mir als Person, die Hochdeutsch redet, wir wollen Leute die sich gesellschaftlich beteiligen tun. Ihr sagt ja immer, wir wollen Leute, die sie sich auch mit uns partizipieren und das geht vielleicht auf 10, 20 Jahre, dann werden wir eine Gemeinde haben, die sich auch partizipiert mit den Problemfällen oder die dürfen wir nicht verdrängen und die wollen wir anschauen, weil mich schmerzt, wenn mein Sohn oder meine Tochter für Sprüngli muss Übersetzer spielen. Das ist zweimal passiert und das vielleicht hier nicht. Darum müssten wir die Werkzeuge wirklich nutzen und jetzt ist der Zeitpunkt dafür und nicht in einem Jahr, weil jedes Jahr das verloren geht, geht an der Erziehung von diesen Leuten vorbei klar, sie haben ihre technischen Hilfsmittel. Ich will auch, dass die aus den Hinterhöfen kommen oder aus ihren Stuben kommen bitte macht mit, dass wir das umsetzen können.

Séline Gutknecht: Ich erzähle euch jetzt eine Geschichte, es geht um mich. Ich bin vor 40 Jahren von hier auf Fribourg wegen meinen Eltern ausgewandert. Ich musste mich auch anpassen. Ich musste Französisch lernen als vierjähriges Kind in der Schule, in der Kita und in der Spielgruppe. Ich habe es auch geschafft, warum sollen die anderen das auch nicht können? Also es geht wirklich auf. Die Kinder sollen das als eigene Verantwortung nehmen. Das habe ich auch geschafft und ich habe es gemacht und ich bin froh darüber und ich konnte auch sagen, ich muss auf das WC. Ich will euch auch ins Gewissen reden, es ist wirklich so, die Kinder müssen auch Eigenverantwortung nehmen wie können es nicht immer auf die Eltern schieben, aber die Eltern haben wirklich auch viel zum machen und es heisst immer, wir müssen uns anpassen. Also wenn wir irgendwo hingehen, müssen wir anpassen, warum können sich die anderen Leute auch nicht einmal an uns anpassen, weil es ist unser Land.

Vedat Fidanci: Ich bin auch seit 22 Jahren in der Schweiz und ich bin auf diesem Weg genauso gegangen, dass ich meine Kinder schon ab drei Jahren unterstützen konnte mit der Spielgruppe und dann zwei Jahre später Kindergarten. Sie haben wenig Schwierigkeiten gehabt und in der 6. Klasse hat meine Tochter mit den besten Abschnitt bei der Check-Prüfung in Baselland geschafft, das heisst wenn die Kinder von den Eltern auch unterstützt werden, dann werden sie schon das Ziel erreichen und den zweiten Punkt möchte ich so betonen, eigentlich sind die Kinder die Brücke zwischen unserer Gesellschaft und den Eltern. Den Eltern die Sprache beizubringen ist schwieriger als Kindern und Kinder sind unschuldig. Wenn man ganz früh anfängt dann muss man nachher nicht die Symptome bekämpfen. Wer im juristischen Bereich beschäftigt ist, weiss was das kostet für unseren Kanton und für unser Bund ist, wenn die Kinder nicht damals richtig gut unterstützt sind. Im 2015 schrieb im «Leitfaden frühe Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund», Anna Walzer, Liestal: «Die Sprache ist ein wesentlicher Teil der Integration der Kinder und deren Eltern und unsere Kultur sowie in die Absichten und Gepflogenheiten unserer Bildungsvorstellungen».

Es gibt ganz viele wissenschaftliche Nachweise, dass die Kinder bei der Frühförderung so viel erreicht haben. Aus dem pädagogischen Aspekt jemand hat vorher hier ganz schön betont, die

Kinder dürfen zwischen zwei Jahren, ich bin selber Jurist, aber beschäftige ich bin im pädagogischen Bereich, bis zehn Jahre alt sind, sogar drei Sprachen, wenn man die richtige Methode hat, gleichzeitig ohne Probleme lernen und die Kinder müssen zu Hause ihre Muttersprache sprechen, weil auch die Kinder, aus der Schweiz sprechen Schweizerdeutsch, da haben sie völlig recht und auch richtig damit sie grammatisch richtig aufbauen können. Sie müssen zu Hause ihre Muttersprache sprechen, dann können sie grammatisch ganz schön aufbauen im Hochdeutsch. Noch ein paar Kleinigkeiten, ich würde nicht so verlängern, aber ohne etwas zu sagen, möchte ich auch nicht gehen. Die Kinder besitzen ihrer früheren Lebensphase eine natürliche Neugier und einen prägenden Wissensdurst. Das menschliche Gehirn ist so formbar, wie später nie wieder wir Studien belegen. Dies sind die besten Voraussetzungen Kinder möglichst früh zu fördern. Das kommt aus der UNESCO-Kommission der Schweiz und auch gab 2012 die Eidgenössische Migrationskommission folgendes bekannt: Frühe Förderung wirkt sich für alle Kinder positiv aus. Sie wirkt unterstützend bei der Entwicklung der motorischen sprachlichen, kognitiven und sozialen Entwicklung.

Vignarajah Kulasingam: Ich bin einer von den betroffenen Personen.

Ich bin mit 17 Jahren in die Schweiz eingereist und damals war ich Asyl und hatte nicht so viel Möglichkeiten zum Deutschlernen und ich bin für 5 CHF vor Sozialarbeit gegangen pro Tag und das in einen privaten Deutschkurs investiert in der Migros-Klubschule. Meine Kinder sind dann in die Spielgruppe und danach in die Schule gegangen. Sie waren sehr scheu und wollten nicht in die Spielgruppe gehen. Dann habe ich gemerkt, dann habe ich den tamilischen Verein gegründet und dann habe ich eine Spielgruppe mit Sprachförderung gegründet, mit zwei Leiterinnen, einer in deutschen Sprache und in tamilischer Sprache ein Angebot gemacht und dann habe ich auch Basel, also Müttern nach Münchenstein und nach Frenkendorf und Basel und sogar in Aargau, Spielgruppe mit Sprachförderung hat unser Verein und damals alle Kanton und unterstützt und auch private Stiftungen und ehrenamtliche Arbeiten haben wir auch viel geleistet. Die Sprachförderung vor Migrantenkindern ist sehr wichtig. Es ist viel gesagt worden über Deutsch zu Hause reden, als wenn ich zu Hause versuche Deutsch zu reden, lachen mich meine Kinder aus weil ich kann nicht richtig Schweizerdeutsch oder Hochdeutsch die Grammatik und rede lieber tamilisch reden und auch haben vielen Studien gesagt, bitte zu Hause die Muttersprache reden und dann lernt das Kinder Deutsch sehr schnell Z.B. an Elternabenden möchten meine Kinder nicht, dass ich aufstehe etwas sage oder frage, weil sie Bedenken haben, dass ich wegen meinem Deutsch ausgelacht werde. Wir müssen als Migranten viele Probleme in der Schule bekämpfen. Wir kommen von verschiedenen Kulturen und wir kennen eine zweite Kultur nicht und das ist auch für uns Eltern sehr schwierig so zusammengefasst. Wie gesagt in Schulen oder so aber meine Kinder machen jetzt ein gutes Studium also Uni und WMS aber ich habe sehr viel geleistet dran, Spielgruppe, Nachhilfe und es liegt viel hintendran. Diese Sprachförderung ist wichtig für alle Kinder nicht nur Migranten auch für Schweizer-Kinder wichtig bitte den RPK-Antrag ablehnen.

Bernhard Zwahlen: Wir sind in der Budgetdebatte und es geht um 80'000 CHF und wir diskutieren schon eine Stunde darüber und gleich komme ich nach vorne und sage etwas, weil es nervt mich und zwar ist das ein Fehler von dem Bericht wo drinsteht: fehlende Nachweise zur Wirksamkeit.

Wenn die RPK das nicht hier hineingeschrieben hätte, dann müssten wir nicht so ewig lange darüber diskutieren und ich frage mich wirklich, wie das da hineingerutscht ist, man hätte schon damals zur Rahel Graf gehen können, man hätte nachfragen können, warum was sind die Wirksamkeiten, wenn man so dort sparen will, sollte man nachschauen, was sind die Mehrkosten in Zukunft? Jetzt heute das versuchen mit Gegenargumenten gutzumachen, geht nicht das hätte man im Voraus machen müssen. Wir haben es gehört, die SVP unterstützt uns nächstes Jahr, wenn man das machen will und jetzt müssen wir halt einfach da durch und nächstes Jahr probieren wir es noch einmal und dann ist ja die SVP auf unserer Seite.

Abstimmung über den Antrag der RPK 5.2

Der Antrag wird mit 20 Nein- zu 19 Ja-Stimmen abgelehnt.

://: Die Position Beiträge an Spielgruppen, obligatorische frühere Sprachförderung gänzlich zu streichen und damit die Position «Weitere Aufwände» von DHF 1'632'000 auf neu CHF 1'552'000 zu reduzieren sowie aus den Zielen von AF06 zu streichen.

Fortsetzung der Lesung

07 Kultur, Sport und Freizeit

08 MMN

09 Gesundheit und Alter

10 Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration

11 Soziale Unterstützung

12 Asylwesen

13 Kindes- und Erwachsenenschutz

Keine Wortmeldungen

14 Verkehr und öffentliche Anlagen

Simon Käch: Ich habe nur ganz schnell eine kurze Frage und zwar steht dort drin, dass das Projekt von der neuen Coop-Passerelle soll initiiert werden. Das ist letztes Jahr schon dringestanden. Der Punkt ist der, damit wir das Geld vom Bund noch bekommen, muss das Projekt nicht nur initiiert, sondern auch gebaut werden beziehungsweise angefangen werden zu bauen, d.h. es muss nächstes Jahr irgendein Bagger auffahren und irgendein Loch graben. Das muss angefangen werden. Darum hätte ich gerne einfach kurz die Aussage oder eine Antwort vom Gemeinderat habe ich das richtig verstanden. Initiiert heisst, wir fangen nächstes Jahr an zu bauen.

GR Petra Ramseier: Ja das ist so nächstes Jahr wird der Bagger auffahren.

Fortsetzung der Lesung

15 Wasserversorgung

Keine Wortmeldungen

16 Abwasserbeseitigung

Patrick Weisskopf: Auch da habe ich wieder einen Antrag für etwas, das herausgestrichen worden ist und zwar ist der Schutz vom Grundwasser etwas vom wichtigsten, das wir haben und darum will ich das alte Ziel, das man herausgenommen hat wieder drin ist. Das heisst, das Grundwasser ist vor Verschmutzung durch Abwässer geschützt.

Abstimmung über den Antrag von Patrick Weisskopf

Der Antrag wird mit 34 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

://: Ziele (wieder hinzufügen): Das Grundwasser ist vor Verschmutzungen durch Abwasser geschützt. Beibehaltung von ursprünglichem Text.

Fortsetzung der Lesung

17 Abfallbewirtschaftung

Keine Wortmeldung

18 Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie

Urs Schneider: Ich habe eine Verständnisfrage und zwar ist da Bin davon weitere Aufwände von 57'600 auf 127'600 das sind die 70'000 CHF, die ja auch in in dem in dieser Vorlage beschrieben sind, die ja das übernächste Geschäft wäre.

Jetzt meine Verständnisfrage ist das heisst wir tun jetzt 70'000 CHF erhöhen um die Energieförderung zu finanzieren plus die 180'000 CHF, das heisst wir stocken in einem Jahr eine Viertel-million auf?

GR Philipp Schoch: Dankeschön für diese Frage. Das Geschäft kommt übrigens heute wahrscheinlich nicht mehr daran. Aber nein, also das ist nicht so, wie du das jetzt zusammengezählt hast. Wir hätten nur die 180'000, die heute dran gewesen wären. Das ist nur zum aufräumen im alten Reglement und es hat nichts mit dem Budget nächstes Jahr zu tun. Das wäre nur Vergangenheitsbewältigung, die Solaranlagen sind alle schon gebaut draussen sind.

Simon Käch: Wir haben das Jahr das Räumliche Entwicklungskonzept abgeschlossen und genehmigt und beschlossen und wir haben dem Gemeinderat den Auftrag gegeben, einen kommunalen Richtplan zu erarbeiten. Jetzt finde ich den kommunalen Richtplan nirgends in der AFP. Darum meine Frage an den Gemeinderat ist etwas eingestellt für den kommunalen Richtplan und wird es noch in kommenden Jahren erarbeitet.

GP Stephan Burgunder: Ich kann dich beruhigen, wir werden es machen. Es ist aber nicht unter den wichtigen Projekten aufgeführt. Es wird nächstes Jahr angestossen. Wir haben im Budget auch 70'000 CHF drin im Rahmen von dieser Erhöhung, also das wird nächstes Jahr gemacht. Wir könnte es auch unter wichtige Projekte noch aufführen, wenn man das möchte.

Patrick Weisskopf: Auch da hätte ich den Antrag gestelltes vorweggenommen, ein neues Ziel, das wir aufnehmen können, das heisst «der kommunale Richtplan ist rechtskräftig» auf das Ziel und ebenfalls die Bemerkung, dass es bei den wichtigen Projekten zu erscheinen hat.

Andreas Seiler: Die Diskussion geht um den Antrag vom Patrick Weisskopf. Es kommt ein neues Ziel hinein, der kommunalen Richtplan ist rechtskräftig. Dann hat er noch den Hinweis, es sollte auch unter wichtige Projekte erscheinen, das können wir aber nicht beschliessen. Gibt es Wortmeldungen zum Antrag?

GP Stephan Burgunder: Wir starten nächstes Jahr das Projekt. Ich kann das Projekt erst starten, wenn ich das Budget habe.

Wir haben nächstes Jahr 70'000 im Budget. Ich habe heute am Morgen die Offerte gekriegt. Die Offerte werden wir jetzt anschauen, aber ihr wisst so einen kommunalen Richtplan wird man kaum in einem Jahr rechtskräftig hinkriegen. Es gibt 2-3 Stufen zwischen ihnen, unter anderem auch Mitwirkungen, Vorabklärung beim Kanton, also da rechne ich mindestens mit zwei Jahren, also nächstes Jahr rechtskräftig abschliessen wird auf keinen Fall reichen. Ich glaube, das kann der Simon bestätigen. So schnell geht dann der Prozess dann leider nicht ganz, auch wenn wir Gas geben.

Didier Pfrter: Wir haben entschieden, dass der Richtplan vorläufig nicht rechtlich verbindlich ist. Es dünkt mich auch ein bisschen eine «Hauruck-Übung» jetzt schnell im Budget zu sagen rechtskräftig. Ich glaube, das ist verwirlich. Ich möchte beantragen, dass man dem Antrag von Patrick Weisskopf nicht statt gibt. Diese Diskussion müssen wir sorgfältiger führen und nicht so schnell beim Budget da quasi Verwirrung stiften.

Patrick Weisskopf: Ich ziehe meinen Antrag zurück (vom Platz aus).

Fortsetzung der Lesung

19 Raumentwicklung und Baugesuche

20 Wirtschaft

21 Steuern

22 Finanz- und Lastenausgleich

Keine Wortmeldungen

23 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Gery Stadler: Ich stelle den Antrag, dass man dort bei den Zielen die Formulierungen «*in der Regel kein Verkauf von gemeindeeigenen Parzellen, wenn sinnvoll werden Parzellen im Baurecht abgegeben*» wieder einfügt. Das war ein Kompromiss, welchen wir vor ein paar Jahren einmal gemacht haben. Ich finde es ein bisschen befremdlich, warum man diesen Kompromiss, einfach sang und klanglos streicht. Es heisst «in der Regel». Wir haben ja jetzt bald ein Geschäft von einem Verkauf. Ich habe das angeschaut. In dem Fall könnte ich mich sogar mit dem Verkauf einverstanden erklären, es kann ja auch einmal gut sein, aber ganz herausstreichen möchte ich das nicht. Darum mein Antrag das stehen zu lassen.

Abstimmung über den Antrag von Gery Stadler

Der Antrag wird mit 28 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

://: Ziele (wieder hinzufügen): In der Regel kein Verkauf von gemeindeeigenen Parzellen. Wenn sinnvoll, werden Parzellen im Baurecht abgegeben. Beibehaltung von ursprünglichem Text.

Schlussabstimmung

1. Genehmigung Investitionsbudget 2025

://: Das Investitionsbudget 2025 wird mit 38 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Für Strassen, Werk- und Energieleitungen werden die Ausgaben bis CHF 1'000'000 sowie für alle übrigen Investitionen bis CHF 300'000 je Einzelfall ohne Sondervorlagen, mit dem Budget bewilligt.

Die vorgesehenen Investitionen werden sowohl aus eigenen als auch mit fremden Mitteln finanziert. Der Gemeinderat wird hiermit ermächtigt, die notwendigen Fremdmittel aufzunehmen.

2. Festsetzung der Steuerfüsse für das Jahr 2025

Der Rat beschliesst mit 36 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen:

://: 2.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen wird auf 58.5 % des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert).

://: 2.2 Die Ertrags- und Kapitalsteuer sowie der Sondersatz für ehemalige Statusgesellschaften wird neu auf 55% des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert)

3. Feuerwehrpflichtersatz

Der Rat beschliesst mit 27 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: Feuerwehrpflichtersatz: 10% des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 100.

4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst mit 38 Ja-Stimmen zu 1-Nein-Stimme:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

5. Abwassergebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

6. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Der Rat beschliesst mit 38 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 8.1 %)

a) Gebührensäcke nach Volumen (**neu ab 1. April 2025**)

17 Liter, maximal 3 kg	CHF	1.30 (bisher CHF 1.10)
35 Liter, maximal 6 kg	CHF	2.60 (bisher CHF 2.20)
60 Liter, maximal 12 kg	CHF	5.20 (bisher CHF 4.40)
110 Liter, maximal 18 kg	CHF	7.80 (bisher CHF 6.60)

b) Gebührenmarken für Sperrgut oder verschnürte Bündel nach Gewicht
(neu ab 1. April 2025)

pro 6 kg 1 Gebührenmarke	CHF	2.60 (bisher CHF 2.20)
--------------------------	-----	------------------------

Der Rat beschliesst einstimmig:

c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht (neu ab 1. April 2025)

pro Leerung	CHF	19.00 (bisher CHF 16.20)
pro Kilogramm	CHF	0.30 (bisher CHF 0.26)

d) Häckseldienst

Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF	25.00 (unverändert)
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF	50.00 (unverändert)
ab 11. Minute (pro Minute)	CHF	4.00 (unverändert)

e) Container für Grüngut

bis 140 Liter-Container	CHF	90.00 (bisher 88.20)
bis 240 Liter-Container	CHF	172.90 (bisher 169.50)
bis 770 Liter-Container	CHF	528.20 (bisher 517.80)

7. Teuerungsausgleich

Andreas Seiler: Der Gemeinderat beantragt eine Teuerungszulage von 1,5%. Der RPK beantragt 0%.

GR Silvia Lerch: Ich möchte erklären, wie es zu diesen 1,5% gekommen ist. Die Personalkommission (Peko) hat im Juni von diesem Jahr im Gemeinderat einen Teuerungsausgleich von 2% beantragt. Die Peko hat unter anderem mit dem Landesindex der Konsumentenpreisen von 1,4% argumentiert und auch mit dem durchschnittlichen Teuerungsausgleich der letzten drei Jahre. Dieser lag unter dem unter der realen Teuerung. Der Gemeinderat hat den Antrag der Peko an einer Gemeinderatssitzung besprochen und abgewiesen, hat aber im Gegenzug einen Teuerungsausgleich von 1,5% beantragt. Zu diesem Zeitpunkt ist man davon ausgegangen, dass der

Kanton einen Teuerungsausgleich von 1,4% beschliesst. Die Gemeinde hat sich an diesen Angaben orientiert. Der Landrat hat jetzt aber eine Nullrunde beschlossen, das heisst es gibt für das Kantonspersonal keine Teuerung in diesem Jahr. Wir halten aber trotz der finanziellen Lage der Gemeinde an diesen 1,5% fest. Wir haben einige Mitarbeitende, welche zusätzlich noch von einem Lohnstufenanstieg profitieren können. Für die Zukunft müsste man sich aber überlegen, ob wir die Teuerung generell dem Kanton anpassen, weil es sich unter dem Strich plus-minus die Waage hält. Das ist immer ein bisschen eine Verschiebung vom Jahr, aber das müssen wir besprechen.

Mauro Pavan: GR Silvia Lerch hat bei der Einleitung zum Budget schon gesagt *«Schön, dass so viele von der Verwaltung hier sind. Es geht schliesslich auch um euch.»* Ja genau, um das geht es. Ich finde alles andere als das Minimum von diesen 1,5% zu genehmigen, wäre ein Schlag ins Gesicht von euch. Darum bitte ich darum, dem Gemeinderat hier zu folgen und nicht dem Antrag der RPK. Es kann nicht sein, dass man in Jahren, wo der Kanton mehr genehmigt hat, wir sagen, wir gehen darunter, weil wir nicht an den Kanton gebunden sind und jetzt wo der Kanton sagt, wir machen eine Nullrunde, sagen wir, dann machen wir auch eine Nullrunde. Das wäre unfair unserem Verwaltungspersonal gegenüber, welches gute Arbeit leistet. Das ist einfach lachhaft. Falls dieser Antrag nicht durchkommen sollte und zum Verhindern, dass es wieder irgendwelche rassistischen Statements gibt, werde ich mit weiteren Anträgen kommen. Bitte unterlasst es, das irgendwie abzutun.

Dieter Stohler: Ich war mehrere Jahre auch Kantonsangestellter vom Kanton Baselland und habe in diesen neun Jahren, sicher auch mehr als einmal ein, zwei bis dreimal keinen Teuerungsausgleich bekommen. Das ist in den Neunzigerjahren gewesen. Ich habe das nicht als Schlag ins Gesicht empfunden, so viel zu Mauro Pavan. Die Höhe der Teuerung ist aktuell sehr tief. Sie ist nicht bei 1,5% und nicht bei 1,4%, sie ist jetzt noch bei 0,7%. Ich erinnere daran, dass sie auch mehrere Jahre negativ gewesen ist, was niemand veranlasst hat, damals die Löhne zu reduzieren. Die Zinsen sind weiter rückläufig. Gestern hat die Nationalbank entschieden, die Leitzinsen von einem auf ein halbes Prozent zu halbieren. Der Referenzzinssatz für die Mieten wird im Lauf vom 2025 mit höchster Wahrscheinlichkeit, man kann fast sagen mit Sicherheit, sinken, was in vielen Fällen eine Mietzinssenkung möglich macht. Die Angestellten von Pratteln werden kaum leiden, wegen einer Teuerung von 0,7%. Bekanntlich belasten Brot, Milch, Butter, Fleisch und Gemüse die Haushalte gleichermassen, ob sie Geringverdiener oder Besserverdiener sind. Für mich sind die Angestellten von Pratteln nicht Geringverdiener. Der Kanton zahlt dieses Jahr keinen Teuerungsausgleich. Also wenn man so beschliesst, dann haben die Gemeindeangestellten eben keine Teuerungsausgleich. Solange wir eben Lehrerinnen und Lehrer oder Angestellte haben von Pratteln, wo der Kanton sagt, wie der Teuerungsausgleich und das Lohnsystem funktionieren soll, finde ich es je länger je schlechter, dass wir da zweigleisig fahren. Mauro Pavan sagte, das sei lachhaft. Nein, wenn du ein bisschen weiter denkst und clever, ich bleibe vielleicht nicht mehr allzu lange in diesem Rat, aber ich stehe dazu, dass ich nächstes Jahr dem Prinzip eines Paradigmenwechsel zustimmen würde. Das ist nicht abgesprochen und wie GR Silvia Lerch vorher gesagt hat: Sie überlegen sich, das allenfalls nach dem Kanton zu richten. Ich wäre für den Paradigmenwechsel und du darfst mich nächstes Jahr gerne beim Wort nehmen. Wenn du das anschaut, dann ist es, kein schlechter Deal. Eine gesamthafte Nullrunde ist nicht ein Einfrieren der Löhne oder gar von der Lohnsumme. Es gibt einen Stufenanstieg, Sonderprämien etc. Der Verzicht auf Giesskannen ist sicher verkraftbar. Er wird ja, wenn man die Landratsbeschlüsse der vergangenen Jahre anschaut, sicher nicht allzu häufig vorkommen. In diesem Sinne bitte ich sie, der RPK zu folgen.

Rebecca Moldovanyi: Lieber Dieter Stohler, ich spreche dich jetzt direkt an. Du hast vorher ein Plädoyer gehalten zu 2% Feuerwehersatzabgabe, dass das ja nicht so viel ist und jeder sich leisten kann und es dann ein paar Fränklein mehr in die Kasse gibt. Damit ist noch nicht so viel gemacht. Jetzt geht es um 1,5% für ein paar wenige Leute, welche von der Gemeinde angestellt sind und gute Arbeit leisten. Es geht nicht darum, ihnen eine Lohnerhöhung zu geben. Es geht um einen Teuerungsausgleich. Wir sind im Moment tiefer als der Kanton, von dem her ist ein Schritt notwendig, aber ich kann mich auch sehr gut dann im nächsten Jahr GR Silvia Lerch anschliessen. Ich finde die Idee mit der Kopplung an den Kanton eigentlich ganz gut.

Kurt Lanz: Man kann es so sehen, wie es Dieter Stohler sieht. Ich sehe es halt ein bisschen anders. Da möchte ich vielleicht noch anfügen, dass eine Teuerung und Kaufkraft nicht das gleiche ist. Wenn ich die Kaufkraft anschau, dann ist sie schon nach unten gegangen. Es ist nämlich so, dass im Index von dieser ganzen Teuerungsgeschichte die Krankenkasse nicht dabei ist und darum haben wir halt eben schon einen Kaufkraftverlust. Die ganze Geschichte mit dem Kanton ist sehr speziell. Ich bin schon ganz lange in diesem Rat und einmal hatten wir das so. Damals hat das vor allem, von mir aus gesehen, die rechte Seite sehr gestört, dass man im Grunde genommen einen Teuerungsausgleich zahlen musste, weil es der Kanton bezahlt hat. Dann hat eine bürgerliche Mehrheit des Rates das gekippt und gesagt, wir wollen hier selber bestimmen wie viel Teuerung wir zahlen, damit man vielleicht eben nicht die gleiche Teuerung zahlen muss wie der Kanton. Ich sehe das gleich wie der Gemeinderat. Ich bin auch der Meinung, das wäre schlau, wenn man das wieder einführen würde. Aber jetzt einfach so tun, als ob das noch nie so gewesen wäre, ist auch nicht wirklich ganz sauber. Darum möchte ich sie bitten, diesen 1,5% zuzustimmen.

Mauro Pavan: Ich bin noch nicht ganz so lange im Rat wie Kurt Lanz, aber du hast schon einiges vorweggenommen. Ich kann mich dann weitgehend anschliessen. Ich bin nach wie vor dafür, dass wir die 1,5% genehmigen. Ich könnte mich damit einverstanden erklären, dass man sich dem Kanton anschliesst, sofern wir das, was wir jetzt hinterherhinken, weil wir uns eben vorher nicht dem Kanton angeschlossen haben, vorher ausgleichen, sonst ist es ein «no-go».

Didier Pfrter: Ich würde mich jetzt auch Mauro Pavan anschliessen. Wenn wir jetzt 1,5% mehr geben als der Kanton und uns dann nächstes Jahr anschliessen, dann haben wir auch unter dem Strich, letztes Jahr haben wir ein halbes Prozent weniger gegeben, 1% mehr als der Kanton Teuerungsausgleich. Es klingt so, als ob wir uns mehr oder weniger alle einig sind, uns ab nächstem Jahr dem Kanton anzuschliessen. Deshalb wäre es jetzt vernünftiger, gerechter oder fairer, dass wir jetzt den Rückstand geben, welchen wir letztes Jahr hatten auf den Kanton. Was wir letztes Jahr weniger gaben als der Kanton, müssen wir dieses Jahr geben und dann ab nächstem Jahr könnten wir dem Kanton folgen. Ich nehme an, das würde jetzt ein halbes Prozent bedeuten.

Mauro Pavan: Ich danke für das versöhnliche und kompromissbereite Votum. Nach allem was ich weiss, beträgt der Rückstand 0,9%. Wenn das der Antrag von dir ist, dann könnte ich mich dem anschliessen.

Andreas Seiler: War das jetzt ein Antrag von dir? Bis jetzt habe ich den Antrag des Gemeinderats und von der RPK also 1,5% und 0%. (Antwort von Didier Pfrter ohne Mikrophon.)

GR Silvia Lerch: 0,9% ist richtig.

Philippe Doppler: Ich möchte schnell präzisieren: Die 0,9% sind nicht von letztem Jahr. Das ist die kumulierte Differenz seit 2017.

Andreas Seiler: Wenn es einen Antrag gibt, bitte mir schriftlich abgeben. (Mauro Pavan bringt den schriftlichen Antrag.)

Andreas Seiler: Mauro Pavan, das sind zwei verschiedene Anträge, die du gestellt hast.

Mauro Pavan: Die Anträge schliessen sich ja nicht gegenseitig aus. Der eine Antrag wäre genau das, dass wir einen Teuerungsausgleich als Kompromiss beantragen von 0,9%, um zum Kanton aufzuschliessen. Ich weiss nicht, ob das im Rahmen von dieser Debatte zulässig ist, darüber zu entscheiden. Aber gefolgt davon, dass wir in Zukunft die Teuerung dem Kanton anschliessen würden.

Andreas Seiler: Vielleicht gibt es noch eine Antwort der Verwaltung oder vom Gemeinderat, ob wir das so beschliessen können, das anzuhängen. Es liegen jetzt drei Anträge vor: Vom Gemeinderat 1,5%, von der RPK 0% und von Mauro Pavan 0,9%.

Gegenüberstellung der Anträge

Antrag RPK 0%	Antrag, SP, Mauro Pavan 0.9%
://: Die RPK beantragt, dass der Teuerungsausgleich so festgelegt wird, wie der Landrat diesen für 2024 für die Kantonsangestellten beschliesst.	://: Mauro Pavan beantragt, dass der Teuerungsausgleich auf 0.9% festgelegt wird.
8 Ja	28 Ja
3 Enthaltungen	

Antrag, SP, Mauro Pavan, obsiegt.

Gegenüberstellung der Anträge

Antrag, SP, Mauro Pavan 0.9%	Antrag Gemeinderat 1.5%
://: Mauro Pavan beantragt, dass der Teuerungsausgleich auf 0.9% festgelegt wird.	://: Es wird eine Teuerungszulage von 1.5% gewährt.
26 Ja	12 Ja
1 Enthaltung	

Antrag, SP, Mauro Pavan, obsiegt.

Andreas Seiler: Wir haben noch den Antrag von Mauro Pavan: Der Teuerungsausgleich wird in Zukunft für Pratteln vom Kanton Basellandschaft übernommen. Das Wort hat GR Silvia Lerch.

GR Silvia Lerch: Man müsste eine Reglementsänderung machen. Wir können aber, wenn das genehm ist und wenn es «verhebt» über das Abstimmen, das in der nächsten Reglementsanpassung reinnehmen. Das können wir so vorschlagen, aber ob es rechtlich standhält....

Andreas Seiler: Es wäre dann einfach eine Willensäusserung vom Einwohnerrat und der Gemeinderat könnte die entsprechende Vorlage bringen.

GR Silvia Lerch: Wir nehmen das auf, aber würden das noch abklären.

GP Stephan Burgunder: Eine Reglementsänderung bedingt formal zwei Lesungen. So husch husch ist ein bisschen schnell. Wir revidieren das Personalreglement und zwar machen wir eine Gesamtüberarbeitung. Das wird im ersten Halbjahr nächstes Jahr hier in den Rat hineinkommen und ich kann euch versprechen, dieser Punkt wird so drinstehen.

Mauro Pavan: Ich ziehe den Antrag zurück.

Andreas Seiler: Somit ist der Antrag zurückgezogen. Für den Beschluss Nr. 8 brauchen wir jetzt den aktuellen Aufwandüberschuss.

8. Genehmigung Budget 2025

Philippe Doppler: Ich fasse den heutigen Abend zusammen, was finanzielle Konsequenzen betrifft: Wir haben gestartet mit einem Aufwandüberschuss von CHF 961'800. Dann haben wir den Landratsbeschluss bezüglich der Teuerung für die Kantonsangestellten. Das betrifft bei uns das Lehrpersonal. Das gibt einen Minusaufwand von CHF 253'000. Wir haben die Teuerung vom Verwaltungspersonal, welche jetzt tiefer beschlossen ist als budgetiert. Das gibt einen Minusaufwand von CHF 110'000. Dann haben wir die Feuerwehersatzabgabe, wo wir Erträge budgetiert haben von CHF 200'000, welche jetzt aber tiefer ausfallen. Der Ertrag fällt tiefer aus in Form von CHF 164'000. Das gibt unter dem Strich einen Aufwandüberschuss von CHF 762'800.

Der Rat beschliesst mit 32 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen:

://: Das Budget für das Jahr 2025 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 762'800 genehmigt.

9. Kenntnisnahme Finanzpläne

://: Die im Aufgaben- und Finanzplan 2025 – 2029 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

Es sind jetzt 38 Personen anwesend, das einfache Mehr beträgt 20, 2/3 Mehr beträgt 26 und das $\frac{3}{4}$ Mehr beträgt 29 Stimmen.

4. Nr. 3468

Energie - Neuer Konzessionsvertrag Elektrizitätsnetz zwischen der Gemeinde und der Elektra Baselland (EBL)

GR Petra Ramseier: Danke vielmals für die Geduld. Ich versuche es so kurz wie möglich zu machen. Ihr habt es gelesen, die Gemeinden Frenkendorf, Liestal und Pratteln haben einen Konzessionsvertrag, den wir mit der EBL in den letzten beiden Jahren haben, überarbeitet und das Ergebnis habt ihr da vor euch. Man hat verschiedene Punkte an das heutige übergeordnete Recht und die Gesetzgebung angepasst. Ganz wichtige Neuerungen sind die Koordination vom Leitungsbau in den Gemeindestrassen, also die Koordinationspflicht und die Auskunftspflicht, weil die ganzen Bauten immer komplizierter werden. Vor allem auch die Konzessionsabgabe ist neu geregelt, indem das die Festlegung der Konzessionsabgabe neu direkt durch die Gemeinde erfolgt und nicht mehr wie bisher durch die EBL. Für die Spanne der Abgaben haben die Gemeinden eine Bandbreite festgelegt von 0,34 bis 0,4 Rappen pro Kilowattstunde. Das ist der Vorschlag, welcher vorliegt. Das weicht nicht wahnsinnig von dem ab, was wir bisher hatten. Wir haben bisher schon und auch nächstes Jahr noch die 0,34 Rappen pro Kilowattstunde. Das ist im Vergleich zu anderen Anbietern recht tief. Die Gemeinden haben eine Spanne gegeben, um je nachdem auch ein bisschen reagieren zu können. Wir sind ja immer noch im unteren Bereich und gleichzeitig kommen wir bei den pro Kopf Abgaben näher an den Mittelwert von verschiedenen Anbietern an. Bisher war die EBL sehr tief unten. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die Konzessionsabgaben in der vorgeschlagenen Bandbreite zu genehmigen.

Andreas Seiler: Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung. Ist jemand dagegen? Ich sehe keine Meldungen. Gibt es Wortmeldungen zum Geschäft?

Kurt Lanz: Natürlich sind wir auch dafür, dass wir dem Gemeinderat die Bewilligung erteilen, um die Konzession zu erneuern. Ich habe noch eine kleine Frage im Zusammenhang: Die Konzessionsabgaben bekommen wir ja, weil die EBL unsere Strassen und Flure braucht, um ihre Leitungen zu verlegen. Gibt es denn eine solche Abgabe auch für das Fernwärmenetz, welches ja auch zur EBL gehört oder gibt es so eine Konzession, welche die EBL so quasi erwerben muss bei uns. Gibt es die nur für den Strom? Wir sehen auch die Information von der Höhe usw. das müsste die Gemeinde übernehmen. Hat sich die Gemeinde schon Gedanken gemacht wie die Information an Bürgerinnen und Bürgern da in Pratteln vermittelt wird?

GR Petra Ramseier: In Bezug auf die Fernwärme und Konzessionsabgabe gibt es im Moment tatsächlich noch nichts. Da sind die Gemeinden aber jetzt auch daran etwas auszuarbeiten, dass man so etwas dann später einmal implementieren kann. Zur Information Endverbraucher: Für das 2025 bleibt alles noch gleich, wie es gewesen ist. Die Information müsste vor allem dann kommen, wenn es tatsächlich einen Wechsel gibt. Das ist ein guter Punkt und nehme ich gerne auf. Wie das stattfinden soll, kann ich jetzt gerade nicht beantworten.

Der Rat beschliesst mit 36 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Der Einwohnerrat ermächtigt den Gemeinderat, die Konzessionsabgabe in einer Bandbreite von 0.34 bis 0.4 Rp./kWh festzulegen.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
Ablauf der Referendumsfrist: 15. Januar 2025

5. Nr. 528

Fragestunde

Frage 1

Prattler Stern – wie weiter?

Dieter Stohler, FDP

GR Rahel Graf: Es wird tatsächlich nicht allzu lange gehen. *Frage 1: Weshalb erfolgte in den Jahren 2022 und 2024 keine Vergabe des Prattler Sterns?* Der Prattler Stern ist bei der Aufgabenüberprüfung gestrichen worden oder gestoppt worden. Wir haben es jetzt aber tatsächlich auf die neue Legislatur wieder ins Auge gefasst und wir sind daran, mit der Bürgergemeinde zusammen den Prattler Stern anzuschauen und neu aufzugleisen.

Frage 2: Ist der Gemeinderat an einer Fortsetzung/Wiederauflebung des Prattler Sterns grundsätzlich interessiert? Wenn ja, was unternimmt er? Ja, das sind wir. Es gibt eine Arbeitsgruppe. Wir werden uns Anfang Jahr zum ersten Mal treffen, das «andenken» und die Neukonzeption in Angriff nehmen.

Frage 3: Wenn Pratteln kein Geld hat, ist es für den Gemeinderat denkbar, die Organisation und Finanzierung des Prattler Sterns vollständig an eine andere Trägerschaft zu überführen, z. B. an die Bürgergemeinde oder an einen privaten Verein oder an eine Stiftung? Die Vorschläge nehme ich gerne in die Arbeitsgruppe mit und wir sind sicher nicht dagegen, wenn wir irgendwo anders noch Geld generieren können.

Andreas Seiler: Dieter Stohler, du hast Anrecht auf zwei Zusatzfragen. (Dieter Stohler verneint die Frage).

Frage 2

Beleuchtung Schloss während der Nacht

Eva Keller-Gachnang, SP

GR Philipp Schoch: *Frage: Warum hält sich die Gemeinde selbst, nicht an ihre eigenen Vorschriften und setzt bei der Beleuchtung des Schlosses eine Zeitschaltuhr ein?* Seit die Sportpreisverleihung des Kantons in Pratteln war, hat man das Schloss beleuchtet. Eigentlich eine schöne Idee, aber man hat dann irgendwie vergessen, die Zeitschaltuhr noch dazwischen zu stecken. Mittlerweile haben wir das, wie du sicher schon festgestellt hast und es ist jetzt regelkonform. Du hast richtig erwähnt, das Schloss ist keine Weihnachtsbeleuchtung. Das ist etwas anderes, weil diese die ganze Nacht brennen darf. Es ist jetzt regelkonform umgesetzt, so wie es im Polizeireglement ist. Wir müssen uns selbstverständlich als Gemeinde auch an das halten. Danke für den Hinweis. Es ist umgesetzt.

Eva Keller: keine Zusatzfragen

Frage 3

Ja zu QP Bredella West – wie geht es jetzt weiter für die Gemeinde Pratteln?

Dominique Häring, Die Mitte-EVP

GR Philipp Schoch: *Frage 1: Wann fangen die Bauarbeiten für den Kreisel an?* Wir werden die Bauarbeiten im 2026 starten.

Frage 2: Wie wird der Verkehr in dieser Zeit umgeleitet? Das Verkehrskonzept liegt einmal im Entwurf vor, das muss aber noch finalisiert werden. Die Busse müssen irgendwie Fahrplankonform auch dort durch können und das muss z. B. noch von der Autobus AG abgesegnet werden.

Frage 3: Wie lange dauern die Bauarbeiten? Der detaillierte Terminplan ist zurzeit in Erarbeitung. Wir müssen Werkleitungen in der Salinenstrasse erneuern. Das macht man dann bevor man den Kreisel macht. Das muss alles aufeinander abgestimmt werden. Die gesamten Bauarbeiten dauern ca. zwölf Monate.

Frage 4: Wie wird die Gemeinde Pratteln künftig über den Fortschritt kommunizieren? Wir werden wie gewohnt auf allen Kanälen, die wir bespielen wie Webseite, Prattler Anzeiger, Social-Media, die Öffentlichkeit frühzeitig informieren.

Frage 5: Muss der Bau des Kreisels noch politisch verabschiedet werden? Es braucht Anpassungen vom Bau- und Strassenlinienplan. Das sind geringfügige Mutationen. Die Mutation muss vom Gemeinderat verabschiedet, öffentlich aufgelegt und vom Regierungsrat genehmigt werden. Die Mutation ist aufgelegt. Was wir für den Bau noch brauchen, ist die Finanzierung. Diese ist im Investitionsplan drin und muss vom Einwohnerrat genehmigt werden.

Dominique Häring: keine Zusatzfragen

Die Fragen sind beantwortet.

Andreas Seiler: Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Die Sitzung wird um 22.17 Uhr beendet.

Pratteln, 21. Januar 2025

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Andreas Seiler

Nurhan Tasdelen